



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

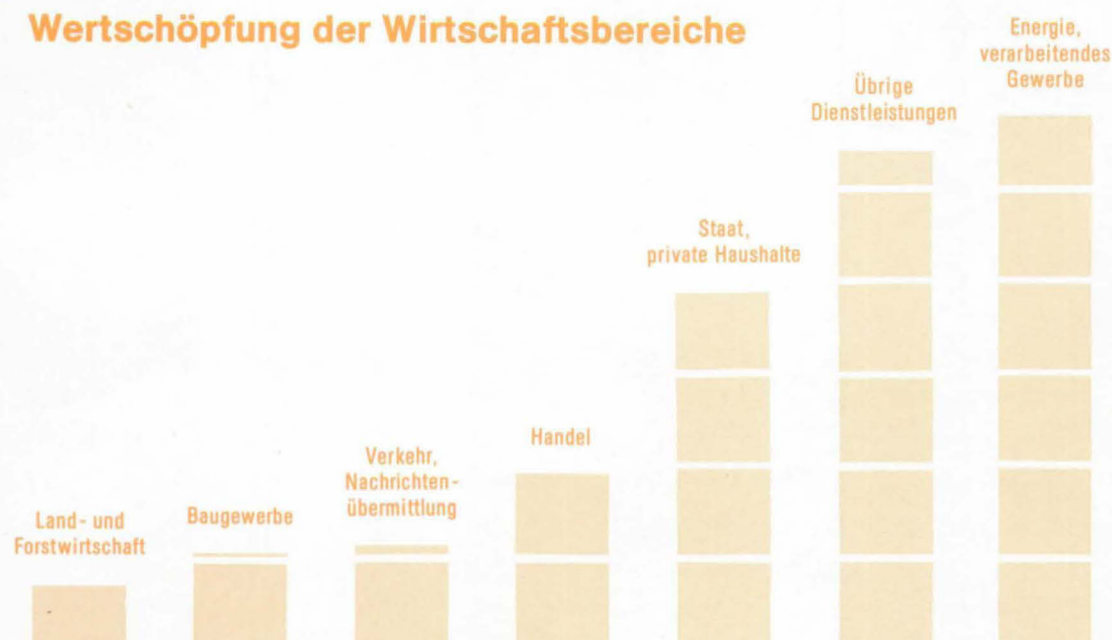
41. Jahrgang · Heft 7

Juli 1989

- Grafik des Monats: Geborene
- Aufsätze: Bruttowertschöpfung in den Kreisen 1986
Geburtenziffern
Löhne und Gehälter 1986
- Kurzberichte: Investitionen für Umweltschutz
im produzierenden Gewerbe 1987
Hochschulprüfungen seit 1983

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Mai 1989		Januar bis Mai 1989	
Beschäftigte	1 000	167	+ 2,4	167	+ 2,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	- 1,6	15	- 0,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	622	+ 7,8	589	+ 6,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 399	+ 12,6	3 222	+ 7,4
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 647	+ 11,5	2 449	+ 8,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	753	+ 16,8	772	+ 4,4
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 946	+ 9,1	2 030	+ 6,1
aus dem Inland	Mill. DM	1 299	+ 6,3	1 334	+ 9,6
aus dem Ausland	Mill. DM	647	+ 15,0	697	- 0,2
Energieverbrauch	1 000 t SKE		
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	38	- 4,5	37	- 2,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	- 6,7	4	+ 3,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	116	+ 2,5	97	+ 6,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	358	+ 3,2	287	+ 12,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	258	+ 7,1	206	+ 0,9
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	740	+ 9,3	564	- 1,2
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	431	- 12,8	396	- 1,7
Einzelhandel					
		April 1989		Januar bis April 1989	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	111,7	+ 5,6	106,0	+ 4,9
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	101,8	- 1,4	84,5	+ 2,2
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	256	+ 7,4	172	+ 12,1
Übernachtungen	1 000	1 028	- 10,1	701	+ 3,7
Arbeitsmarkt					
		Mai 1989		Januar bis Mai 1989	
Arbeitslose	Anzahl	94 393	- 7,9	110 253	- 6,0
Außenhandel					
		März 1989		Januar bis März 1989	
Ausfuhr	Mill. DM	1 043,9	+ 21,6	1 073,1	+ 30,7
Kredite ⁶					
		April 1989		Januar bis April 1989	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 915	- 0,1	8 717	- 0,6
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	50 534	+ 2,9	50 395	+ 2,8

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

41. Jahrgang

Heft 7

Juli 1989

Aktuelle Auslese

Bewährungshilfe

Ende 1988 waren in Schleswig-Holstein rund 3 600 Menschen der Bewährungs- und/oder Führungsaufsicht unterstellt. Die Statistik darüber zählt in erster Linie die Unterstellungen, und deren Zahl ist wegen der nicht ganz 800 Mehrfachunterstellungen höher als die der Probanden. Die Bewährungshelfer hatten 4 100 Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht — 2 800 nach allgemeinem und 1 300 nach Jugendstrafrecht — und 200 Unterstellungen unter Führungsaufsicht zu betreuen.

Von den insgesamt 4 300 Unterstellungen betrafen nur 300 ein Mädchen oder eine Frau. 2 900 mal waren Erwachsene, 1 000 mal Heranwachsende und 400 mal Jugendliche unterstellt worden.

Zur Betreuung dieser Menschen waren 59 hauptamtliche Bewährungshelfer tätig, 8 davon waren Frauen. Das bedeutet durchschnittlich 73 Unterstellungen bzw. 60 Menschen je Bewährungshelfer.

Die Bewährungsaufsicht kann zunehmende Erfolge beanspruchen. 1988 endeten 68 % der abgeschlossenen Unterstellungen nach allgemeinem Strafrecht sowie 71 % nach Jugendstrafrecht erfolgreich.

Sozialer Wohnungsbau rückläufig

Im Jahre 1988 wurden in Schleswig-Holstein nur noch für knapp über 2 000 Wohnungen Mittel des sozialen Wohnungsbaus bewilligt. Dies sind ein Zehntel weniger Wohnungen als 1987 und nur etwas mehr als halb so viele wie 1986. Die 2 042 Sozialwohnungen, für

die 1988 die Mittel bewilligt wurden, gehören zu etwa zwei Dritteln dem sog. ersten Förderungsweg an, also dem traditionellen „öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau“. Das übrige Drittel der Wohnungen soll in der Regel solchen Personen überlassen werden, die entweder eine Sozialwohnung des ersten Förderungsweges freimachen oder die Einkommensgrenzen, die für den ersten Förderungsweg gelten, nur um gewisse Beträge überschreiten. Die weitaus meisten Sozialwohnungen werden vom Eigentümer selbst bewohnt werden, noch nicht einmal jede zehnte soll vermietet werden. In etwa entsprechend ist auch das Verhältnis von geförderten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern zu denen im Geschoßwohnungsbau.

Weniger Todesfälle

1988 starben 30 424 Schleswig-Holsteiner, 446 weniger als ein Jahr zuvor. Nur 46 % der Gestorbenen waren Männer. Vier von fünf Gestorbenen waren über 64 Jahre alt, 300 waren Kinder unter 15 Jahren. Fast genau jede zweite Person starb an einer Krankheit des Kreislaufsystems, nicht ganz jede vierte (23,4 %) an einer bösartigen Neubildung und jede achtzehnte (5,5 %) an einer Verletzung oder Vergiftung.

Von über 7 000 bösartigen Neubildungen, die zum Tode führten, betraf mehr als jede dritte die Verdauungsorgane und das Bauchfell, jeweils mehr als jede sechste die Atmungsorgane und die Harn- und Geschlechtsorgane.

Bei Unfällen starben 1 048 Menschen. 366 fielen einem Verkehrsunfall und 338 einem häuslichen Unfall zum Opfer. Unter den Unfalltoten sind ältere Personen überdurchschnittlich vertreten. 1988 waren mehr als die Hälfte aller an einem Unfall Gestorbenen älter als 64 Jahre.

Die Bruttowertschöpfung in den Kreisen 1986

Besonderheiten der Regionalberechnungen

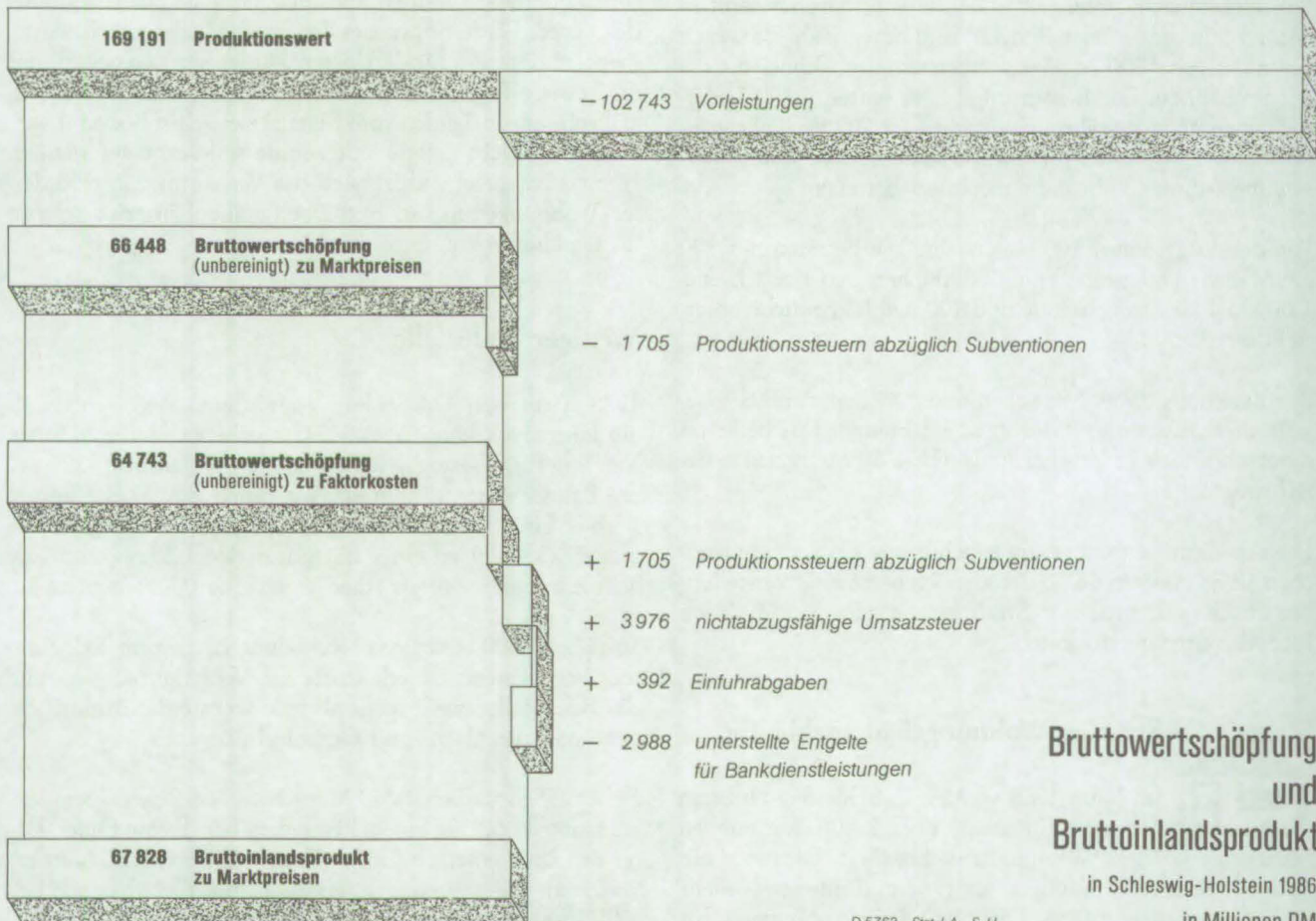
Statistische Daten müssen außer nach der Sache stets auch nach der Zeit und nach dem Raum, für den sie gelten, bestimmbar sein. Bei Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) deutet schon der Begriff darauf hin, daß hier eine Verdichtung von sonst auch detaillierter verfügbaren Zahlen erfolgt und daß der räumliche Bezug — jedenfalls legt der Wortbestandteil „Volk“ das nahe — ebenfalls ein umfassender sein muß. Längst aber werden Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen nicht mehr nur für staatsrechtlich abgrenzbare Gebiete gemacht, sondern außerdem für supranationale Räume wie die EG ebenso wie für regionale Teile von Staaten.

In der Bundesrepublik Deutschland ist für die nationale VGR das Statistische Bundesamt zuständig, für die Rechnung nach Bundesländern und nach Regionen darunter ist es der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Ihm gehören Vertreter aller Statistischen Landesämter und des Statistischen

Bundesamtes sowie ein Vertreter der Kommunalstatistik an. Dieser Arbeitskreis berechnet zweijährlich für die geradzahligen Jahre die Bruttowertschöpfung in allen Kreisen und kreisfreien Städten des Bundesgebietes. Die Ergebnisse für 1986 liegen nunmehr vor, auf sie soll hier eingegangen werden.

Die Vergleichswerte für 1984 sind gleichzeitig mit der Berechnung für 1986 auf den aktuellen Berechnungsstand Herbst 1988 abgestimmt worden, weichen also von früheren Veröffentlichungen etwas ab. Zunächst seien aber einige erläuternde und letztlich restriktive Bemerkungen gemacht.

Regionen unterhalb der Staatsebene haben mit den übrigen Regionen dieses Staates ihre Rechts-, Wirtschafts-, Finanz- und Währungsbedingungen gemeinsam. Für Transaktionen zwischen Wirtschaftssubjekten verschiedener Teilregionen eines Staates gibt es — im Gegensatz etwa zu den Außenhandelsbeziehungen — keinen Anlaß, sie gesondert deswegen aufzuzeichnen, weil sie die Grenze der Teilregionen



D 5763 Stat. LA S-H

überschreiten. Es gibt also Statistiken über die Umsatzbesteuerung von Unternehmen, die jedoch nichts über die Verteilung ihrer ökonomischen Aktivität auf ihre Filialbetriebe aussagen. Die Bemessung des Verhältnisses von Vorleistungen zum Produktionswert ist ein weiteres Problem, und zwar nicht nur für die multiregionalen Unternehmen allein. Hinzu kommt, daß die Produktion von Gütern nicht nur nach Wirtschaftszweigen, sondern auch nach Regionen sehr unterschiedlich mit Verbrauchsteuern belastet sein kann, man denke an Mineralöl, Tabak oder Spirituosen.

Die methodischen Probleme, die hier nur angerissen werden sollten, sind detaillierter in Heft 9/1985 dieser Zeitschrift dargestellt, damals in Verbindung mit der Präsentation der Ergebnisse von 1980 und 1982. Aus allem ergibt sich, daß Wertschöpfungsergebnisse für Kreise mit vergleichsweise hohen Unsicherheiten behaftet sind. Dem trägt die Veröffentlichung Rechnung, indem die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen nur nach zusammengefaßten Bereichen, die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten sogar nur insgesamt zur Verfügung gestellt werden. Die definitorischen Zusammenhänge sind der Grafik zu entnehmen. Es sei darauf hingewiesen, daß Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben und unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen nur auf Landesebene berechnet werden, ein Bruttoinlandsprodukt gibt es also nur für Schleswig-Holstein, nicht aber für seine Kreise.

Ergebnisse zu Marktpreisen

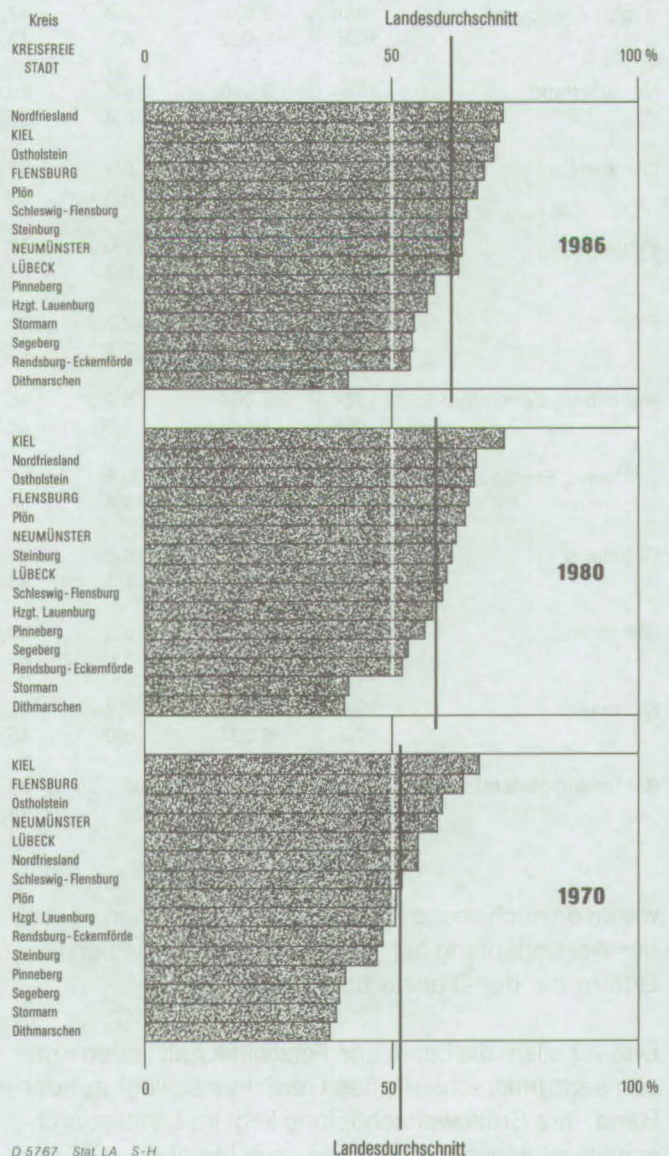
Als Bewertungsmaßstab für wirtschaftliche Leistung dient üblicherweise der am Markt erzielte Preis. Die Summe aller 1986 in Schleswig-Holstein erzeugten Güter und Dienste hatte einen Marktwert von 68 Milliarden DM. Dies ist — wie die Grafik zeigt — die Zahl fürs Bruttoinlandsprodukt. Das Attribut „zu Marktpreisen“ wird aber auch jenen 66 Mrd. DM beigelegt, die als Bruttowertschöpfung bezeichnet sind, also Umsatzsteuer und Zölle nicht mehr enthalten. Insofern ist „zu Marktpreisen“ nicht absolut präzise. Für die Bewertung der staatlichen Dienstleistungen gilt, weil es an einer Marktpreisbewertung überhaupt fehlt, ohnehin nur die Addition der Kostenseite. Die im folgenden dargestellten Kreisergebnisse sind die der Bruttowertschöpfung, also die in der Landessumme 66 Mrd. DM.

Die zu Marktpreisen gemessen größte Bruttowertschöpfung aller Kreise und kreisfreien Städte hatte, wie schon 1980, 1982 und 1984, die Landeshauptstadt Kiel. 1986 waren es über 9 Mrd. DM oder 14 % der Landessumme. Es folgten Lübeck mit einem Zehntel und

Pinneberg mit 9 % Anteil am Land. Der Bruttowertschöpfung nach kleinster Kreis des Landes war Plön mit 3 %. Auch diese Rangfolge hatte es schon 1984 gegeben.

Die Wirtschaftsbereiche haben in den Kreisen ein recht unterschiedliches Gewicht. Der Dienstleistungsbereich — also Handel, Verkehr, Post, Banken, Versicherungen, Wohnungsvermietung, unternehmerische und staatliche Dienste — war in Nordfriesland mit 72 % an der Wertschöpfung beteiligt, das ist der höchste Anteil im Kreisvergleich. Nur noch in Dithmarschen, dem Kreis mit dem seit Jahren niedrigsten Dienstleistungsanteil, erreichte dieser Wert 1986 weniger als die Hälfte der Bruttowertschöpfung. Die Entwicklung „hin zur Dienstleistungsgesellschaft“, wie sie häufig plakativ umschrieben worden ist, wird deutlich auch in der Grafik: 1970

Der Anteil des Dienstleistungsbereiches an der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen



D 5767 Stat. LA S-H

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und Anteile der Wirtschaftsbereiche 1984 und 1986 nach Kreisen

KREISFREIE STADT	Kreis	(Unbereinigte) Bruttowertschöpfung insgesamt		Produzierender Bereich			Dienstleistungsbereich		
		Mill. DM	Anteile am Land in %	zu- sammen	Land- und Forst- wirtschaft	waren- produ- zierendes Gewerbe	zu- sammen	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
Jahr		% von Spalte 1							
FLENSBURG	1984	3 200	5,2	32,9	0,1	32,8	67,1	20,9	46,3
	1986	3 405	5,1	31,5	0,1	31,5	68,5	20,7	47,8
KIEL	1984	8 545	13,9	29,5	0,1	29,4	70,5	17,0	53,5
	1986	9 091	13,7	28,7	0,1	28,6	71,3	17,0	54,3
LÜBECK	1984	6 366	10,4	37,2	0,3	36,8	62,8	18,5	44,3
	1986	6 804	10,2	36,5	0,3	36,2	63,5	18,8	44,7
NEUMÜNSTER	1984	2 094	3,4	33,7	0,4	33,3	66,3	19,3	47,0
	1986	2 288	3,4	35,8	0,3	35,5	64,2	18,3	45,9
Dithmarschen	1984	3 789	6,2	56,2	8,1	48,1	43,8	12,9	30,9
	1986	4 195	6,3	59,0	6,7	52,3	41,0	12,4	28,5
Hzgt. Lauenburg	1984	2 928	4,8	47,5	6,7	40,7	52,5	12,9	39,6
	1986	2 992	4,5	43,0	6,3	36,7	57,0	13,4	43,6
Nordfriesland	1984	3 399	5,5	29,9	13,0	16,9	70,1	16,2	53,9
	1986	3 561	5,4	27,9	11,6	16,3	72,1	16,2	55,8
Ostholstein	1984	3 350	5,4	31,3	8,1	23,2	68,7	17,7	51,0
	1986	3 599	5,4	29,5	7,3	22,2	70,5	17,3	53,2
Pinneberg	1984	5 513	9,0	42,9	3,4	39,5	57,1	17,4	39,7
	1986	6 206	9,3	41,7	3,2	38,5	58,3	16,6	41,7
Plön	1984	1 667	2,7	33,5	12,9	20,6	66,5	13,9	52,6
	1986	1 805	2,7	32,8	11,6	21,1	67,2	13,5	53,8
Rendsburg-Eckernförde	1984	5 068	8,2	46,4	8,8	37,7	53,6	14,2	39,3
	1986	5 547	8,3	46,0	7,8	38,3	54,0	14,0	40,0
Schleswig-Flensburg	1984	3 427	5,6	37,3	14,3	23,0	62,7	12,1	50,6
	1986	3 580	5,4	34,9	12,8	22,1	65,1	12,9	52,2
Segeberg	1984	4 203	6,8	44,0	6,0	38,0	56,0	17,0	39,0
	1986	4 702	7,1	45,9	5,0	40,9	54,1	16,1	37,9
Steinburg	1984	3 266	5,3	38,9	7,1	31,8	61,1	14,8	46,3
	1986	3 335	5,0	35,6	6,7	28,9	64,4	15,3	49,1
Stormarn	1984	4 676	7,6	47,9	3,1	44,8	52,1	13,7	38,4
	1986	5 337	8,0	45,8	2,5	43,2	54,2	13,1	41,2
Schleswig-Holstein	1984	61 491	100	39,3	5,2	34,0	60,7	16,1	44,7
	1986	66 448	100	38,5	4,6	33,9	61,5	15,9	45,6

waren es noch sechs Kreise gewesen, in denen — von der Wertschöpfung her gesehen — die Produktion von Gütern die der Dienste überwog.

Daß vor allem die Land- und Forstwirtschaft in den Kreisen sehr unterschiedliches Gewicht hat, liegt auf der Hand. Ihre Bruttowertschöpfung liegt im Landesdurchschnitt mittlerweile unter 5 %, machte aber — in der

Reihenfolge der Bedeutung — in Schleswig-Flensburg, in Nordfriesland und in Plön immer noch mehr als ein Zehntel der Wertschöpfung aus.

Das warenproduzierende Gewerbe, also Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe, ist 1986 in seiner Bedeutung auf fast genau ein Drittel der Bruttowertschöpfung des Lan-

des gesunken. Dieser Bereich, den man etwas unscharf auch als „die Industrie“ bezeichnen kann, hat in den an Hamburg grenzenden Kreisen Stormarn, Segeberg, Pinneberg und Herzogtum Lauenburg, aber auch in Rendsburg-Eckernförde, in den kreisfreien Städten Neumünster und Lübeck und natürlich — wie erwähnt — in Dithmarschen ein über dem Landesmittel liegendes Gewicht.

Im Bereich Handel und Verkehr ist die Spannweite der Anteile an der gesamten Wertschöpfung gering. Sie reicht von 21 % in Flensburg bis zu 12 % in Dithmarschen, im Landesmittel sind es 16 %. Der Handel allein hat in den meisten Kreisen wie im Landesmittel ein Gewicht von etwa einem Zehntel. Auf den Verkehr (einschließlich Nachrichtenübermittlung, also Post) entfallen die übrigen 6 Prozent, er hat aber in den kreisfreien Städten, insbesondere in Flensburg, ein deutlich höheres Gewicht als in den Kreisen.

Die sogenannten „übrigen“ Dienstleistungen sind längst nicht mehr eine kleinere Restgröße, für die man sie diesem Attribut nach halten könnte. In den etwa eineinhalb Jahrzehnten seit 1970 ist ihr Beitrag zur Wertschöpfung des Landes von etwas mehr als einem Drittel auf nahezu die Hälfte gestiegen. Diese 46 % teilen sich im Verhältnis 27 : 19 auf unternehmerische Dienstleistungen einerseits (einschließlich Kreditwesen und Versicherungsgewerbe) und Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck andererseits auf (einschließlich häusliche Dienste). Der Anteil des Staates ist in Kiel, Flensburg, Neumünster, aber auch in Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Plön überproportional hoch, dort sitzen personalstarke Verwaltungen und/oder große militärische Einheiten. Bei den Dienstleistungsunternehmen sind es die fremdenverkehrsorientierten Kreise Nordfriesland, Ostholstein und Plön, aber auch Stormarn, Steinburg und Pinneberg, in denen eine herausragende Bedeutung festzustellen ist.

Die höchsten Zuwachsraten der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1986 gegenüber 1984 hatten Stormarn mit 14 %, Pinneberg mit 13 % und Segeberg mit 12 %, also drei der südlichen Kreise des Landes. Daß der südlichste und ebenfalls an Hamburg grenzende Kreis Herzogtum Lauenburg demgegenüber nur einen Zuwachs von 2 % hat, liegt am produzierenden Bereich, hier an der Energiewirtschaft, denn das Kernkraftwerk Krümmel hatte 1986 Produktionsausfälle, die wegen der Bedeutung dieses Werkes stark auf das Kreisergebnis durchschlagen. Im übrigen gilt auch anderswo, daß Sonderentwicklungen in einzelnen großen Betrieben die Veränderungsdaten stark beeinflussen.

Das kann nicht immer auch mit Roß und Reiter genannt werden, weil die statistische Geheimhaltung zu wahren ist.

In Stormarn und Pinneberg waren es sowohl produzierender wie auch Dienstleistungsbereich, die sich in diesen zwei Jahren deutlich kräftiger entwickelt haben als der Landesdurchschnitt; im Kreis Segeberg war es der produzierende Bereich allein, und zwar das verarbeitende Gewerbe.

Auch in Dithmarschen fiel der Zuwachs der Wertschöpfung mit 11 % noch deutlich höher aus als im Landesdurchschnitt. Hier ist der produzierende Bereich, dessen Gewicht für diese Region bereits herausgestellt worden ist, binnen Zweijahresfrist um ein Fünftel gewachsen. Das liegt vor allem an der Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe, das im Wirtschaftsraum Brunsbüttel einen seiner Schwerpunkte im Lande hat, aber auch im Energiebereich. Hier wäre das — an Krümmel und Brokdorf gemessen allerdings sehr kleine — Kernkraftwerk Brunsbüttel zu erwähnen, bei dem es ebenfalls Produktionsdiskontinuitäten gab.

Die hohe Bedeutung industrieller Produktion in Dithmarschen und auch ihr Zuwachs mögen erstaunen, weil die Westküstenregion allgemein als strukturschwach gilt. Man muß aber beachten, daß Gewichtsverteilung und Niveauveränderung sich hier in einem zwar flächenmäßig großen, aber ökonomisch weniger bedeutsamen Kreis abspielen. In der Rangfolge aller 15 kreisfreien Städte und Kreise des Landes nach ihrer Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen nimmt Dithmarschen trotz des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel und trotz der Aufblähung um Verbrauchsteuern, auf die noch einzugehen ist, nur den siebten Rang ein.

Unter dem Landesdurchschnitt des Zuwachses 1986 gegenüber 1984 von 8 % liegen vor allem Steinburg mit 2 %, Schleswig-Flensburg mit 4 % und Nordfriesland mit 5 % Zuwachs. In Steinburg drückte ein langanhaltender Produktionsausfall eines Chemiewerkes die Zuwachsrate deutlich nach unten. Auch in Schleswig-Flensburg war es das verarbeitende Gewerbe, das sich stark unterdurchschnittlich entwickelte. Außerdem ist es der Rückgang der Wertschöpfung in der Landwirtschaft — im Landesmittel immerhin 5 % —, der wegen der stark agrarisch geprägten Struktur hier wie auch in Nordfriesland stark zu Buche schlägt.

Die genannten Veränderungsdaten gelten für den Zweijahresvergleich 1986 zu 1984 und sind obendrein an der Wertschöpfung in jeweiligen Preisen gemessen,

Mittlere jährliche Veränderung der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen im Zeitraum 1980 bis 1986 nach Wirtschaftsbereichen in %

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttowertschöpfung insgesamt	Produzierender Bereich			Dienstleistungsbereich		
		zusammen	Land- und Forst- wirtschaft	waren- produzierendes Gewerbe	zusammen	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
FLENSBURG	3,7	2,2	0,0	2,2	4,5	3,4	5,0
KIEL	4,6	5,3	0,0	5,3	4,3	4,3	4,2
LÜBECK	3,8	2,6	2,5	2,6	4,6	4,2	4,7
NEUMÜNSTER	3,0	2,3	- 2,2	2,3	3,4	2,6	3,7
Dithmarschen	4,4	4,3	1,1	4,8	4,5	3,5	4,9
Hzgt. Lauenburg	6,3	6,8	1,8	8,0	5,9	7,2	5,5
Nordfriesland	3,7	0,8	2,0	- 0,1	5,0	2,6	5,8
Ostholstein	3,1	1,0	1,8	0,8	4,0	2,3	4,6
Pinneberg	3,8	3,1	4,3	3,0	4,4	5,1	4,1
Plön	3,5	2,2	2,0	2,3	4,1	4,0	4,1
Rendsburg-Eckernförde	3,7	3,0	2,1	3,1	4,4	4,2	4,4
Schleswig-Flensburg	3,1	0,8	1,9	0,2	4,5	4,4	4,6
Segeberg	5,2	4,8	1,2	5,3	5,5	4,8	5,8
Steinburg	2,6	1,5	1,5	1,5	3,2	4,6	2,8
Stormarn	6,7	2,3	2,1	2,3	11,8	7,9	13,3
Schleswig-Holstein	4,2	3,1	1,9	3,3	4,9	4,3	5,0

dürfen also nicht mit dem assoziiert werden, was sonst als Prozentveränderung wirtschaftliches Wachstum ausdrücken soll. Eine Umrechnung auf den relativen Zuwachs, wie er sich von Jahr zu Jahr dargestellt hätte, ist natürlich möglich, allerdings wiederum nur zu jeweiligen Preisen und damit nicht „real“. Als Zeitbezug sei dafür die Periode 1980 bis 1986 gewählt. Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen ist im Durchschnitt dieses Zeitraumes in Schleswig-Holstein jährlich um 4,2 % gestiegen. Die Spannweite reicht von 2,6 % in Steinburg bis 6,7 % in Stormarn. Außer Stormarn liegen nur noch das Herzogtum Lauenburg mit 6,3 %, die Kreise Segeberg mit 5,2 % und Dithmarschen mit 4,4 % sowie die Stadt Kiel mit 4,6 % mittlerem jährlichen Zuwachs über dem Landesdurchschnitt. Alle weiteren Kreise und kreisfreien Städte haben hier eine Drei vor dem Komma.

Ergebnisse zu Faktorkosten

Weil es unbefriedigend ist, daß in den einzelnen Ergebnissen der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen für die Kreise in enorm unterschiedlichem Ausmaß indirekte Steuern enthalten und umgekehrt Subventionen unberücksichtigt sind, werden die Kreisergebnisse ab 1980 auch zu Faktorkosten nachgewiesen. Die unbereinigte Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ist für den Regionalvergleich der wirtschaftlichen Gesamtleistung sicherlich besser geeignet als die zu Marktpreisen. Um der zusätzlichen Datenunsicherheit bei der Ermittlung

der indirekten Steuern und der Subventionen nach Kreisen Rechnung zu tragen, wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nur insgesamt und nicht nach Wirtschaftsbereichen nachgewiesen. In ihr sind nach wie vor die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen noch enthalten, sie ist also „unbereinigt“. Ferner enthält sie — der Wortbestandteil „brutto“ sagt das aus — noch die Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten 1986 in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Mill. DM	Anteil am Land in %	Veränderung gegenüber 1984 in %
FLENSBURG	3 279	5,1	6,4
KIEL	9 002	13,9	6,6
LÜBECK	6 739	10,4	7,1
NEUMÜNSTER	2 296	3,5	9,2
Dithmarschen	3 459	5,3	8,9
Hzgt. Lauenburg	2 986	4,6	2,7
Nordfriesland	3 613	5,6	5,6
Ostholstein	3 611	5,6	7,7
Pinneberg	6 013	9,3	11,8
Plön	1 789	2,8	9,1
Rendsburg-Eckernförde	5 573	8,6	9,6
Schleswig-Flensburg	3 658	5,7	5,1
Segeberg	4 641	7,2	12,1
Steinburg	3 357	5,2	3,0
Stormarn	4 727	7,3	16,6
Schleswig-Holstein	64 743	100	8,2

Die Rangfolge der Kreise nach ihrem ökonomischen Gewicht ändert sich — wenn man von Marktpreisbewertung zu Faktorkostenansatz übergeht — nur wenig. Die Ausnahme bildet Dithmarschen. Die dort besonders starke Mineralölproduktion wird kräftig mit Mineralölsteuer belastet. Diese Belastung wird natürlich in Preis und Umsatz weitergewälzt, ist für die Region nur ein durchlaufender Posten. Zu Faktorkosten gemessen, also ohne Produktionssteuern, nimmt Dithmarschens Bruttowertschöpfung 1986 nur noch den zehnten Rang aller kreisfreien Städte und Kreise ein, zu Marktpreisen war es ja immerhin noch der siebte.

Auch die Veränderungsdaten 1986 gegenüber 1984 geben zu Faktorkosten gemessen kaum ein anderes Bild als zu Marktpreisen. In Dithmarschen fiel der Zuwachs mit 8,9 % um fast zwei Prozentpunkte niedriger aus als zu Marktpreisen, in Stormarn dagegen um eineinhalb Punkte höher. In den übrigen Kreisen und in den kreisfreien Städten blieb die Differenz zwischen beiden Zuwachsraten unter einem Prozentpunkt. Im Landesmittel waren sie mit 8,2 % (zu Faktorkosten) und 8,1 % (zu Marktpreisen) nahezu identisch.

Bernd Struck

Geburtensziffern

Wenn man über Geburten von Schleswig-Holsteinern berichten will, ergeben sich zwei kleine sprachliche Probleme. Zum einen muß man präziserweise zwischen Geburten und Geborenen unterscheiden, denn es gibt ja Mehrlingsgeburten. Außerdem gibt es auch Totgeburten. Also heißt die statistische Zählereinheit Lebendgeborene. Zum anderen lautet der räumliche Bezug auf Schleswig-Holstein präzise, aber umständlich: Lebendgeborene, deren Mütter in Schleswig-Holstein ihre Hauptwohnung oder alleinige Wohnung haben. Da die Mütter heute häufig nicht an ihrem Wohnort entbinden, kann man bei den hier dargestellten Zahlen nicht „Lebendgeborene in Schleswig-Holstein“ sagen. Es bleiben noch die „lebendgeborenen Schleswig-Holsteiner“. Die aber sind begrifflich ein „weißer Schimmel“, denn ein totgeborenes Kind wird gar nicht erst der Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins zugerechnet. In diesem Aufsatz ist deshalb von „geborenen Schleswig-Holsteinern“ die Rede. Die totgeborenen Kinder bleiben im folgenden unberücksichtigt.

1988 wurden 27 310 Schleswig-Holsteiner geboren, das sind 5,2 % mehr als ein Jahr zuvor. Es setzte sich damit ein seit 1985 zu beobachtender Wiederanstieg der Geborenenzahl um ein weiteres Jahr fort. 1988 wurden immerhin 4 350 Kinder mehr geboren als 1984 (+ 19 %), dem Jahr mit der zuletzt festgestellten niedrigsten Zahl. Worin sind die Ursachen dieser erfreulichen Tendenz zu mehr Kindern zu sehen? Gibt es Anlaß zur Annahme, daß sich eine grundsätzliche Änderung des generativen Verhaltens der Bevölkerung einstellt und damit eine Möglichkeit, den starken natürlichen Rückgang der Bevölkerung, der sich durch Sterblichkeit ergibt, aufzufangen?

Die lange Reihe der Geborenenzahl zeigt nach dem Höhepunkt mit 45 930 Kindern im Jahre 1966 einen rasanten Abfall — Stichwort „Pillenknicke“ — über die späten 60iger Jahre und alle 70iger Jahre auf ein Niveau, das 1979 mit 22 810 Kindern nur noch die Hälfte der Geborenen von 1966 erreichte. In der Zeit danach bis 1984 schwankten die Zahlen zwischen 23 000 und 24 700; eine Tendenz nach oben oder unten war nicht zu erkennen. 1985 jedoch stellt sich ein zunächst geringfügiger Wiederanstieg ein, der sich in den Folgejahren 1986 bis 1988 verstärkt und stabilisiert, mit jährlichen Zuwachsraten von deutlich über 1 000 Neugeborenen.

Geborene Schleswig-Holsteiner 1965 bis 1988

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1965	44 708	1977	23 366
1966	45 930	1978	23 185
1967	45 351	1979	22 810
1968	43 833	1980	24 545
1969	40 381	1981	24 650
1970	35 171	1982	24 481
1971	33 523	1983	23 470
1972	29 354	1984	22 958
1973	26 398	1985	23 099
1974	25 545	1986	24 693
1975	24 282	1987	25 956
1976	24 861	1988	27 310

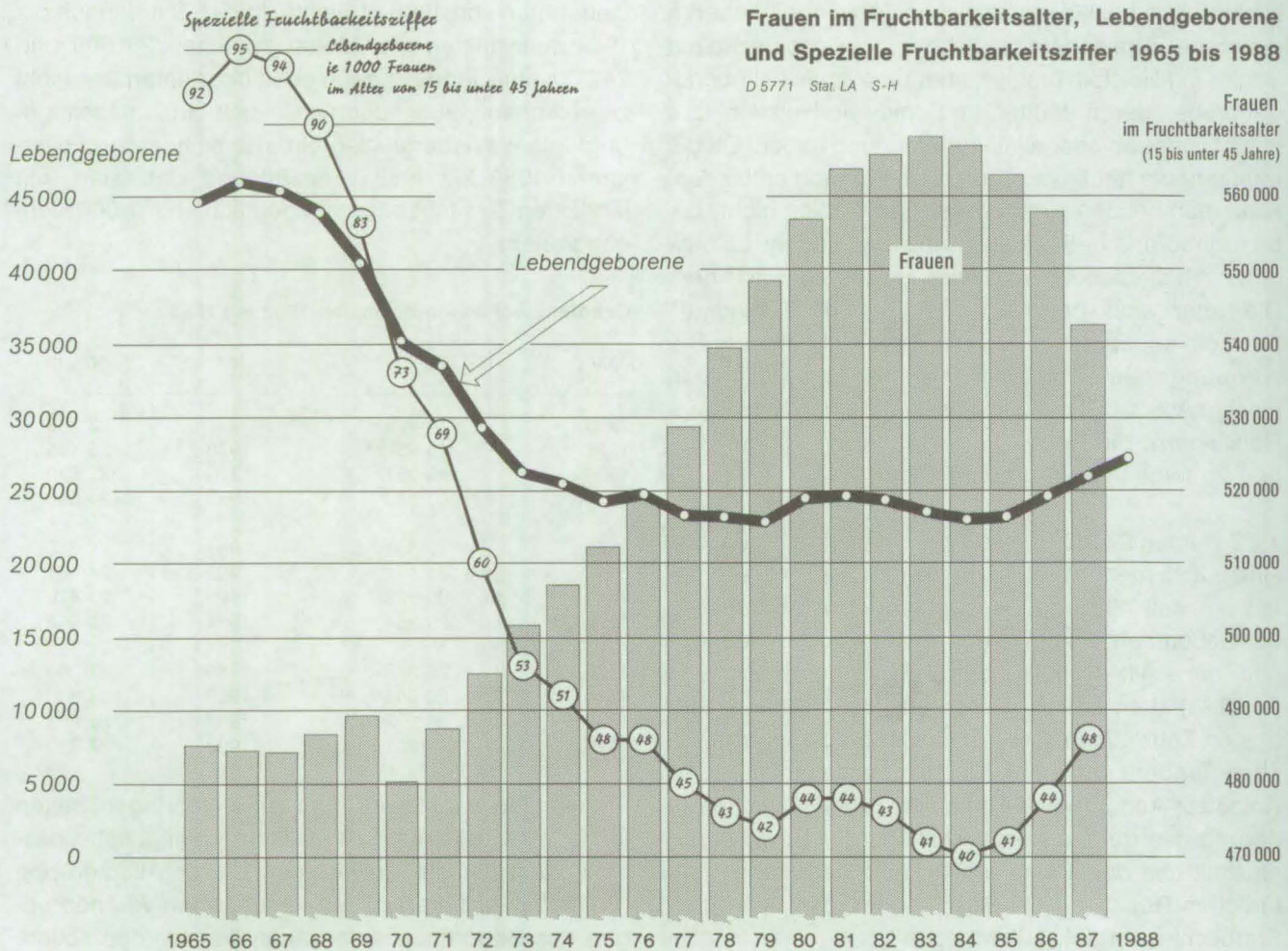
Frauen sind, wenn sie Kinder zur Welt bringen, selten jünger als 15 oder älter als 45 Jahre. Es liegt nahe, deshalb zunächst die Entwicklung dieser Altersgruppe (Fruchtbarkeitsalter) zu betrachten, wenn Veränderungen der Geborenenzahlen analysiert werden sollen.

Diese Veränderungen können ja auch demographisch, d. h. durch den Altersaufbau der Bevölkerung, bedingt sein. Die Grafik zeigt, daß gleichzeitig mit dem starken Rückgang der Geborenen in den 70er Jahren die Zahl der Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren anstieg. Vom Volkszählungsergebnis 1970 mit 480 000 Frauen ausgehend, wuchs die Altersgruppe Jahr für Jahr bis zum Maximum 568 000 Frauen im Jahre 1983 (+ 18,3 %). Hauptsächlich Ursache für diesen Anstieg sind geburtenstarke Jahrgänge der 60er Jahre, die in die Altersgruppe der 15- bis 45jährigen hineinwuchsen. Nach 1983 verringert sich die Zahl der Frauen wieder deutlich; bei der Volkszählung 1987 wurden nur noch 543 000 Frauen in der Altersgruppe gezählt. Gleichwohl erkennen wir aber einen deutlichen Anstieg der Geburten, der mit der Veränderung der Altersgruppe der Frauen nicht in Einklang zu stehen scheint.

Setzen wir die Zahl der Geborenen der einzelnen Jahre ins Verhältnis zur jeweiligen Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren, erhalten wir ein Maß für die „Fruchtbarkeit“, das wir über die Jahre vergleichen können. Dieses Maß ist allerdings grob, weil es lediglich

hinsichtlich der Größe der gesamten Altersgruppe standardisiert ist, nicht aber die jährlich unterschiedliche interne Alterszusammensetzung berücksichtigt. Die Grafik zeigt den Verlauf dieser „Speziellen Fruchtbarkeitsziffer“: Auf dem Höhepunkt 1966 wurden 95 Kinder je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren geboren, 1984 waren es mit 40 Kindern nur noch gut vier Zehntel dieser Zahl. Der Kurvenverlauf nach 1984 zeigt dann wieder steigende Werte. Mit 48 Kindern je 1 000 Frauen errechnet sich 1987 eine Zahl, die in dieser Größe zuletzt 1976 festgestellt wurde.

Bei der jüngsten Aufwärtsentwicklung ist bemerkenswert, daß die Geborenenzahl trotz sinkender Zahl der Frauen im Fruchtbarkeitsalter zugenommen hat. Hier ist zu berücksichtigen, daß sich die Altersgruppe, die wir betrachten, aus 30 Altersjahrgängen zusammensetzt. Die Fruchtbarkeit der Frauen, d. h. die Geburt von Kindern, ist dem Alter der Frauen nach sehr unterschiedlich, so daß bei gleicher Größe der Altersgruppe der 15- bis 45jährigen allein durch eine unterschiedliche Alterszusammensetzung dieser Gruppe Unterschiede in der Fruchtbarkeitsziffer entstehen. Aus



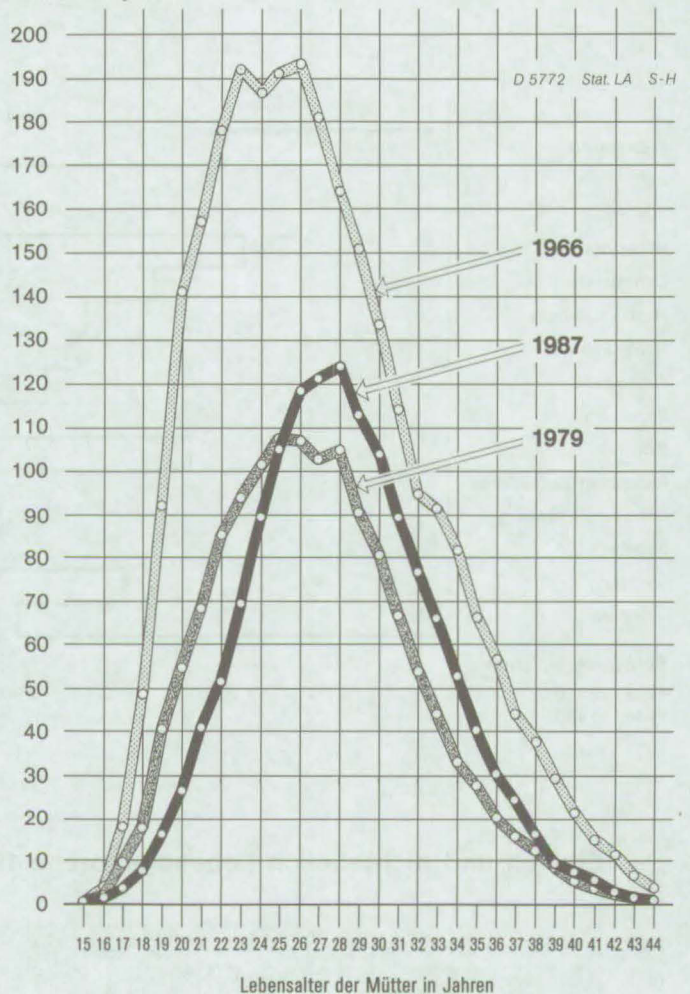
diesem Grunde ist die Beobachtung altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern, d. h. das Verhältnis Lebendgeborener von Müttern eines Geburtsjahrgangs zu 1 000 Frauen dieses Geburtsjahrgangs, von der Sache her notwendig, wenn die Entwicklung der Geborenenzahlen exakt beschrieben werden soll.

Es bietet sich an, altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern verschiedener Jahre grafisch zu vergleichen: Ziffern zum Zeitpunkt des Geborenenhöhepunktes bis 1966, für das Jahr 1979 als Beispiel für die „Talsole“ der vergangenen Dekade und für das Jahr 1987, wobei die Ziffern aus der Bevölkerungsbasis der Volkszählung 1987 berechnet sind. Vergleichen wir zunächst die Kurve von 1966 und 1979, stellen wir bei allen Altersjahrgängen der Frauen einen starken Rückgang der Geburtenziffer fest. Dieser allgemeine Rückgang ist vor allem als Folge der zunehmenden Selbstbestimmung der Frau und damit einhergehend der allgemeinen Verfügbarkeit und Anwendung von Kontrazeptiva seit Ende der 60er Jahre zu sehen. Im Index der Gesamtfruchtbarkeit, der sich durch Addition der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern ergibt, drückt sich der starke Rückgang der Fruchtbarkeit auf einen Blick aus: Betrug er 1966 noch 2 709, war es 1979 ein Wert von nur noch 1 368. Der allgemeine Rückgang der Fruchtbarkeit ist grafisch daran zu erkennen, daß beide Schenkel der Kurve 1979 unter Beibehaltung des rechtschiefen Kurvenbildes niedriger liegen als 1966.

Von 1979 nach 1987 verschiebt sich das Kurvenbild; die nicht dargestellten Geburtenziffern der Zwischenjahre würden zeigen, daß der Übergang von 1979 nach 1987 gleitend erfolgt. Zwei Gesichtspunkte der Entwicklung ergeben sich deutlich: Die Fruchtbarkeit der Frauen unter 26 Jahre ist weiter zurückgegangen, dagegen stieg sie bei den Frauen ab 26 Jahre zum Teil deutlich an, wodurch sich die Kurve nach rechts verschiebt und annähernd symmetrisch wird. Anders ausgedrückt: Frauen in jüngeren Gruppen des Fruchtbarkeitsalters bekamen gegenüber 1979 weniger Kinder, Frauen im höheren Alter bis hin zum 39. Lebensjahr erheblich mehr als 1979, ohne jedoch die Verhältnisse von 1966 zu erreichen. Wurde das Maximum der Geborenen 1979 bei 25jährigen Frauen gezählt, so bekamen 1987 Frauen im Alter von 28 Jahren die meisten Kinder. Der Index der Gesamtfruchtbarkeit erhöhte sich 1987 auf den Wert 1 420.

Die allmähliche Rechtsverschiebung der Kurve der altersspezifischen Geburtenziffern läßt vermuten, daß nach der Phase des allgemeinen Geburtenrückgangs eine Phase der zeitlichen Verschiebung der Geburten

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern
1966, 1979 und 1987
Lebendgeborene je 1000 Frauen eines Altersjahres



in ein durchschnittlich höheres Lebensalter eingesetzt hat. Als Gründe sind zu vermuten, daß die Frauen wegen inzwischen längerer Ausbildungszeiten — auch durch Tendenz zur Mehrfachqualifikation —, wegen zunehmender Erwerbsbetätigung, aber in vielen Fällen auch wegen unsicherer beruflicher Zukunftsaussichten erst später Kinder haben möchten. Dafür spricht auch eine starke Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters der schleswig-holsteinischen Mütter bei Geburt ihres ersten Kindes. 1980 betrug dieses Durchschnittsalter 25,8 Jahre, 1988 dagegen 27,3 Jahre. Die dargestellte Kurvenverschiebung ist also zu deuten als Ausbleiben von Geburten, die in einem höheren Lebensalter nachgeholt werden.

Auffällig ist eine deutlich höhere maximale altersspezifische Geburtenziffer: Lag diese Ziffer 1979 bei den 25jährigen mit einem Wert von 107,4, so liegt sie 1987 bei den 28jährigen mit einem Wert von 124,2. Dieses kann ebenfalls auf das Nachholen ausgebliebener Geburten der Jahre zuvor zurückzuführen sein; es besteht

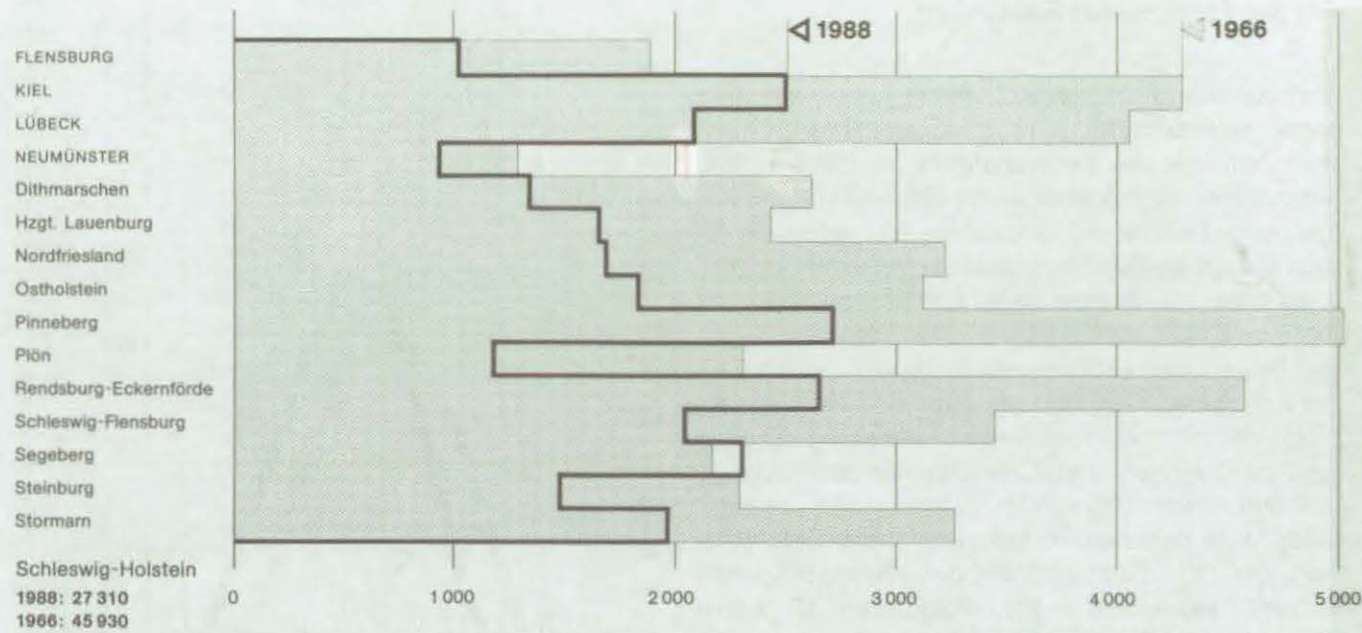
Geborene

GRAFIK DES MONATS JULI 1988

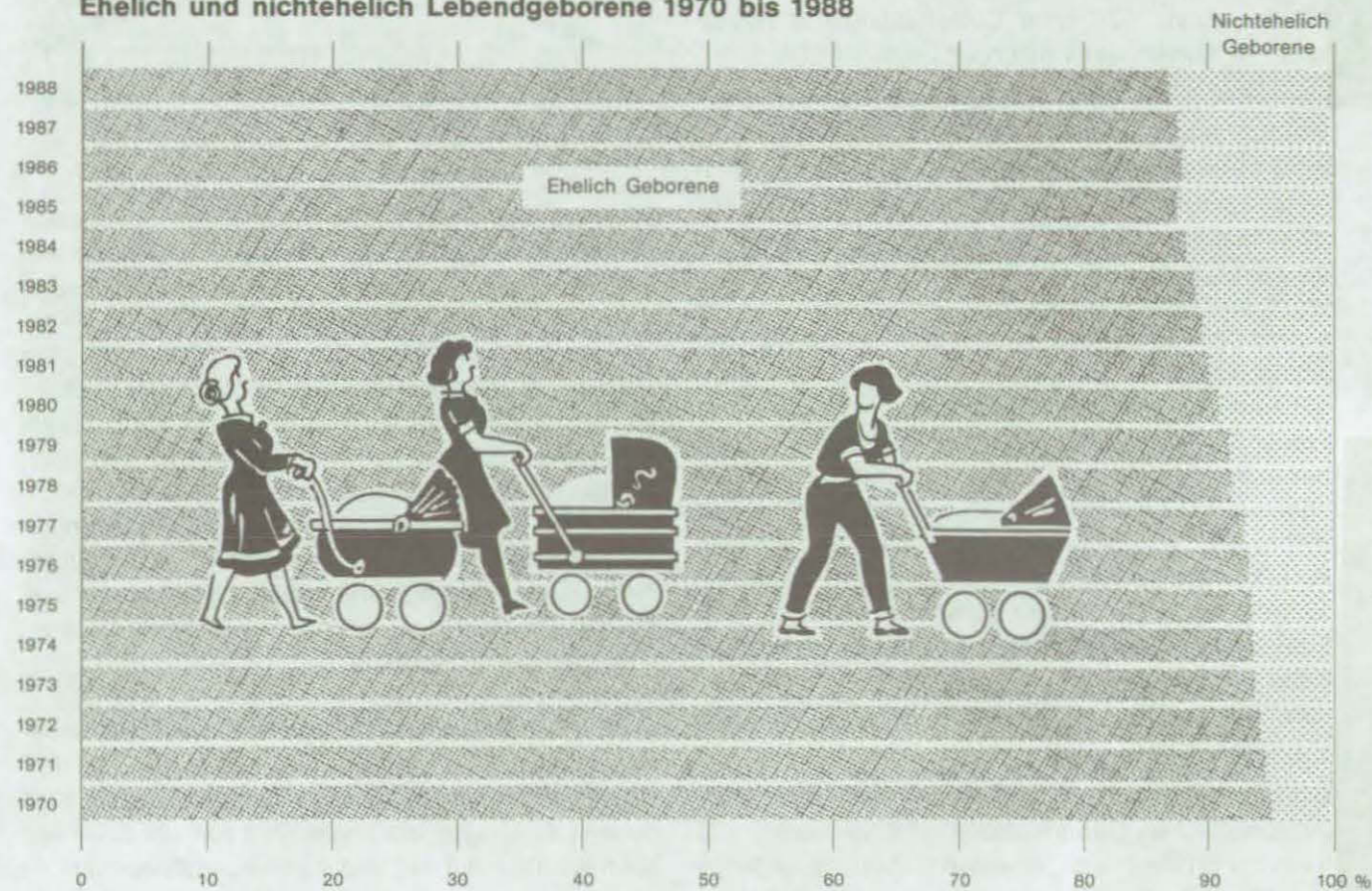
D 5768 Stat. LA S-H

Lebendgeborene 1966 und 1988 nach Kreisen

- regionalisiert nach dem Wohnort der Mutter -



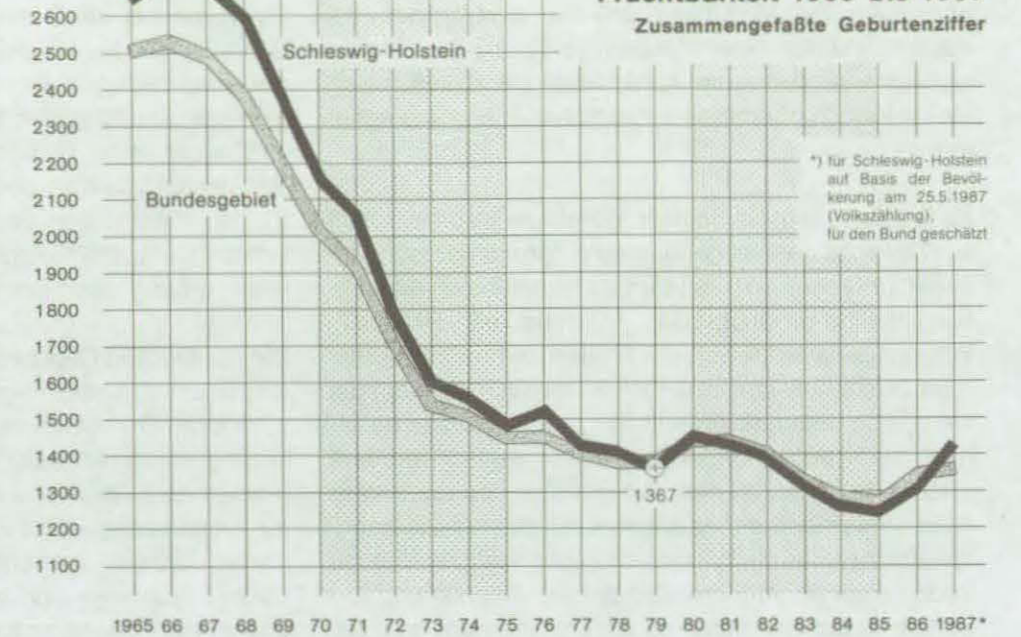
Ehlich und nichtehlich Lebendgeborene 1970 bis 1988



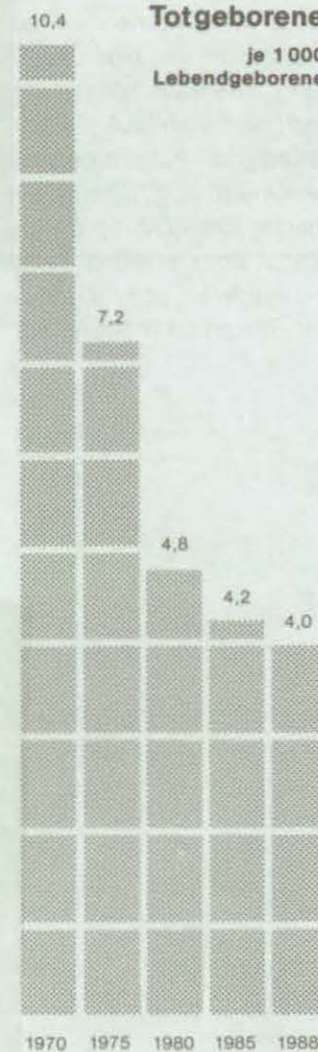
Die **zusammengefaßte Geburtenziffer** (oder Index der Gesamfruchtbarkeit) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren eines Berichtsjahres, wobei sich die altersspezifischen Ziffern jeweils aus dem Verhältnis der Anzahl der im Kalenderjahr von Frauen eines bestimmten Altersjahrganges geborenen Kinder zu 1000 Frauen dieses Altersjahrganges der Bezugsbevölkerung errechnet. Die zusammengefaßte Geburtenziffer ist also hinsichtlich des Altersaufbaus der Frauen von 15 bis unter 45 Jahren standardisiert. Ist dieses Fruchtbarkeitsmaß für den Vergleich verschiedener Berichtsjahre sehr anschaulich, so ist es doch eine vorsichtig zu interpretierende hypothetische Zahl. Die Zahl 1367 für das Jahr 1979 gibt an, wie viele Kinder 1000 damals 15jährige Frauen im Verlaufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn sie sich in den einzelnen nächsten dreißig Jahren generativ genauso verhalten würden wie die entsprechenden Altersjahrgänge damals.

Fruchtbarkeit 1965 bis 1987

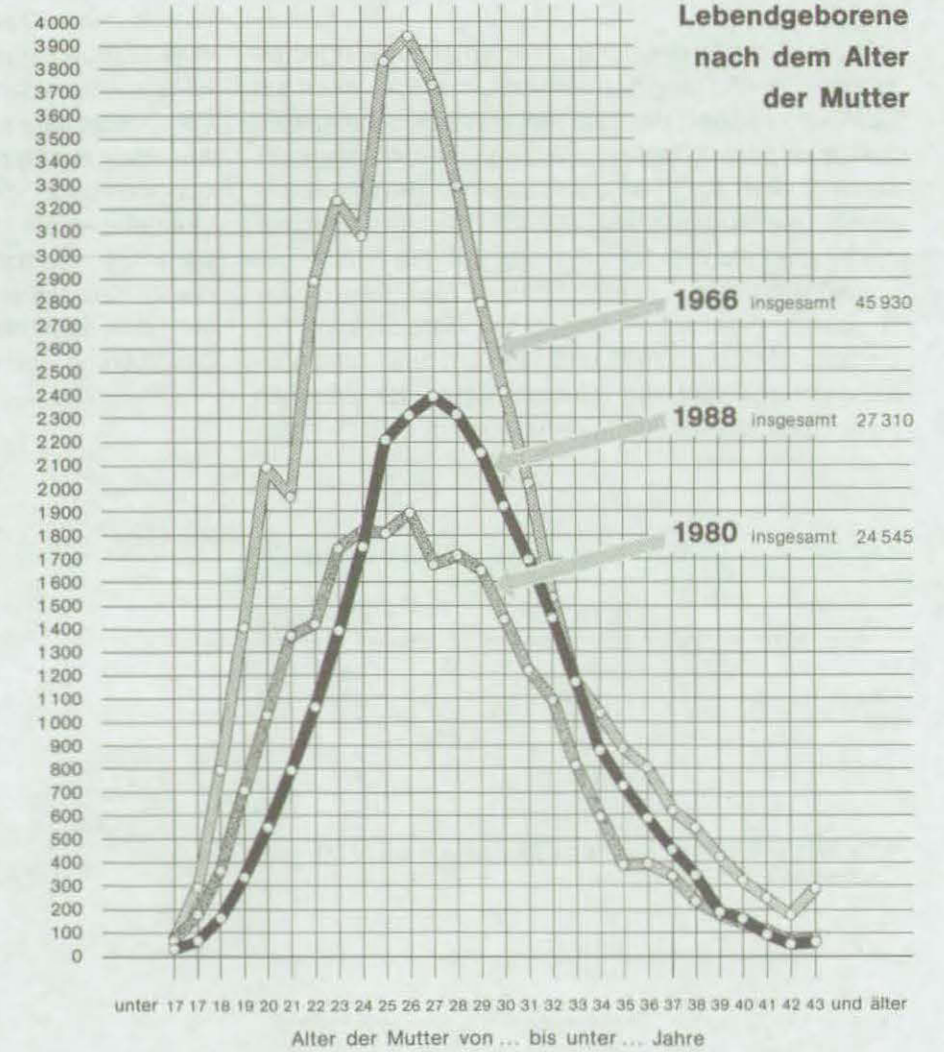
Zusammengefaßte Geburtenziffer



Totgeborene je 1000 Lebendgeborene



Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter



aber auch die Möglichkeit, daß hier eine Tendenz zu durchschnittlich mehr Kindern je Frau oder Familie sichtbar wird. Genauere Aufschlüsse hierzu ließen sich sicher jedoch nur mittels einer Kohortenanalyse erzielen.

Im Ergebnis liegt für Schleswig-Holstein also nicht bloß ein Zuwachs der Neugeborenen aufgrund demographischer Ursachen vor, sondern es handelt sich tatsächlich um eine Erhöhung der „Fruchtbarkeit“ der Bevölkerung, genauer gesagt der Frauen im Fruchtbarkeitsalter. Diese Aussage ist selbstverständlich nicht auf die biologisch bedingte Veranlagung der Frauen zu beziehen, nach der sich zweifellos eine weitaus größere statistische Fruchtbarkeit der Bevölkerung realisieren ließe. „Fruchtbarkeit“ ist ein alter bevölkerungswissenschaftlicher Begriff. Wenn man in der heutigen Zeit mit ihren besseren Möglichkeiten der Familienplanung von Zunahme der Fruchtbarkeit spricht, verkennt man natürlich nicht, daß dies weitgehend der gestiegenen Bereitschaft entspricht, Kinder auch haben zu wollen, daß diese Zunahme also eher ein soziologisches als ein biologisches Verhalten beschreibt.

Ohne daß die Feststellung einer erhöhten Fruchtbarkeit der Bevölkerung berührt wird, ist jedoch noch ein besonderer Aspekt der Berechnung der Fruchtbarkeitsziffern zu berücksichtigen. Während die altersspezifischen Ziffern für 1987 auf Basis der Bevölkerungsergebnisse der Volkszählung 1987 berechnet sind, basieren die Ziffern der Jahre davor auf den durch Fortschreibungsfehler¹ überhöhten Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung. Nach Bereinigung zum Beispiel der Ziffern 1985 und 1986 um den Fortschreibungsfehler ergibt sich folgende Reihe der aktuellen zusammengefaßten Geburtenziffern:

Jahr	Zusammengefaßte Geburtenziffer	
	unbereinigt	bereinigt*
1985	1 243	1 288
1986	1 303	1 358
1987	1 420	1 420
D 1985 – 1987	1 322	1 355

*) für 1985 und 1986 ist jeweils die Bevölkerung am 31. 12. zugrunde gelegt

1) siehe hierzu auch: „Bevölkerungsfortschreibung bald auf neuer Basis“ in Heft 5/88 dieser Zeitschrift

Es wurde bei der Bereinigung davon ausgegangen, daß sich der Fehler der Bevölkerungsfortschreibung mit Einführung des neuen Landesmeldegesetzes Schleswig-Holstein am 1. 1. 1986 bis zur Volkszählung 1987 nicht weiter verändert hat. Für die Korrektur der Bevölkerungszahlen des Stichtages 31. 12. 1985 und 31. 12. 1986 wurde deshalb der zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 festgestellte Fortschreibungsfehler voll in Abzug gebracht.

Die bereinigten Geburtenziffern 1985 und 1986 liegen also über den unbereinigten, was bedeutet, daß die tatsächliche Fruchtbarkeit dieser Jahre durch die ursprünglich berechneten Ziffern leicht unterzeichnet worden ist. Es bedeutet ferner, daß die mit unbereinigten Werten festgestellte Erhöhung der Fruchtbarkeit der letzten Jahre in Wirklichkeit etwas schwächer ausfällt. Diese Ergebnisse sind zu beachten, wenn Annahmen über die Geburtenentwicklung der künftigen Jahre zum Beispiel für Bevölkerungsvorausberechnungen getroffen werden sollen. Es muß allerdings heute unbeantwortet bleiben, ob sich der Anstieg des Fruchtbarkeitsindex fortsetzen kann, es also zu einer nachhaltigen positiven Entwicklung zu mehr Geborenen je Frau oder Familie kommt. Die Komponente des Nachholeffekts der jüngsten Entwicklung jedenfalls könnte die Voraussicht nahelegen, daß sich die Fruchtbarkeit nach Abschluß der Nachholphase lediglich auf ein gegenüber den vergangenen Jahren geringfügig höheres Niveau einpendelt. Die tatsächliche Entwicklung bleibt, wie in vielem, abzuwarten. Es ist aber in jedem Falle darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtige Fruchtbarkeit bei weitem noch nicht zur Bestandserhaltung der Bevölkerung ausreicht.

Gerhard Winck

Löhne und Gehälter 1986; Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung

Die Arbeitsstättenzählung 1987 bot die seit langem benötigte Bestandsaufnahme der Arbeitsplätze. In dieser Rahmencählung sind Daten zu Wirtschaftszweig, Beschäftigten, Löhnen und Gehältern u. a. m. für nahezu alle Arbeitsstätten erfaßt worden. Die Ergebnisse sind wirtschaftssystematisch und regional tief gegliedert. Eine Arbeitsstättenzählung hatte es zuletzt 1970 gegeben, damals wie 1987 in Verbindung mit der Volkszählung. Die Arbeitsstättenzählungen haben allerdings das einschränkende Attribut „nichtlandwirtschaftlich“, weil aus der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft, Fischerei nur die Gewerbebetriebe einbezogen sind, also bestimmte Gärtnereien, Schweinemästereien, Lohndreschereien u. ä.. Ansonsten sind die Soldaten, auch die Zeit- und Berufssoldaten, nicht enthalten. Die Zivilbediensteten der Bundeswehr dagegen wurden mitgezählt.

Wie bereits zur Arbeitsstättenzählung 1970 ist auch 1987 nach den Bruttolöhnen und -gehältern des vorangegangenen Kalenderjahres gefragt worden. Ausgenommen waren Arbeitsstätten, in denen 1986 nur tätige Inhaber oder unbezahlt mithelfende Familienangehörige beschäftigt waren oder die erst im Jahre 1987 eröffnet wurden. Für einige Arbeitsstätten, die für 1986 Lohn- und Gehaltszahlungen anzugeben hatten, bei denen eine entsprechende Eintragung in den Erhebungsunterlagen jedoch fehlte, wurden diese Werte vom Statistischen Landesamt geschätzt.

Alle tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen, Vergütungen für ausgefallene Arbeitszeit, Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld, Gewinnbeteiligungen, Erfolgsprämien sowie vermögenswirksame Leistungen im Sinne von § 2 des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer sind in den Lohn- und Gehaltsangaben enthalten. Nicht einbezogen sind hingegen Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung, Zahlungen auf Grund des Kindergeldgesetzes, allgemeine soziale Aufwendungen für Kantinen, Werkskindergärten usw., Ruhegehälter und Betriebspensionen, Umzugskostenvergütungen als auch Vorruhestandsbezüge.

In diesem Aufsatz werden die Löhne und Gehälter als Summe und ihr Durchschnitt je Arbeitnehmer dargestellt. Dabei wird nicht verkannt, daß die Arbeitsplätze nach der geforderten Qualifikation wie auch nach dem Beschäftigungsumfang äußerst heterogen sind. Über die innere Zusammensetzung der Löhne und Gehäl-

ter, z. B. über 13. Gehalt, Überstundenentgelte oder andere Zuschläge, gibt es eigene Erhebungen. Dies wird hier nicht behandelt, ist auch in der Arbeitsstättenzählung so detailliert nicht erfragt worden.

Wenn im folgenden von dem durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen die Rede ist, so beinhaltet dieser Einkommensbegriff lediglich die in der Arbeitsstättenzählung erfaßten Einkommenskomponenten und nicht auch die übrigen in der umfassenderen Definition etwa des Volkseinkommens oder des steuerlichen Einkommens.

Die Gesamtsumme der in schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten im Jahre 1986 gezahlten Löhne und Gehälter betrug 26,9 Mrd. DM. Damit entfallen auf jeden der 844 000 zum Erhebungsstichtag, dem 25. 5. 1987, gezählten Arbeitnehmer im Durchschnitt rund 31 800 DM. Bei der Bildung von Durchschnittswerten ist zu bedenken, daß die Respondenten nicht — wie etwa bei der Volkszählung — die Arbeitnehmer selbst waren, sondern die Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten. Weil nämlich, wie auch die Zählung gezeigt hat, viele Menschen mehr als nur einen Arbeitsplatz haben, sind sie so z. T. mehrfach gezählt worden. Der Durchschnitt ist also je Beschäftigungsfall eines Arbeitnehmers und nicht je Person gebildet.

Die Aussagekraft dieses Durchschnitts ist in einem weiteren Punkt eingeschränkt. Die Löhne und Gehälter sind die eines Zeitraumes, die Arbeitnehmerzahlen die eines Zeitpunktes, der obendrein noch nicht einmal innerhalb dieses Zeitraumes liegt. Dies ist besonders dann zu beachten, wenn regional oder wirtschaftssystematisch tiefer gegliedert wird.

In der Arbeitsstättenzählung 1970 sind für das Jahr 1969 7,7 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern ermittelt worden. Bei einer Gesamtzahl von 715 000 Arbeitnehmern am 27. 5. 1970 waren das damals durchschnittlich 10 800 DM. Bei den Lohn- und Gehaltsangaben für 1969 und 1986 handelt es sich jeweils um Nominal-einkommen. Ein Vergleich der Durchschnittsverdienste von damals und heute ist nur begrenzt möglich: Das mittlere Arbeitnehmerinkommen hatte sich in den 17 Jahren in etwa verdreifacht. Die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Bundeswert) hatten sich während des gleichen Zeitraums verdoppelt, so daß im Ergebnis eine Kaufkraftsteigerung für die Arbeitnehmer auszumachen ist.

Wirtschaftliche Gliederung

Knapp 30 % oder 7,7 Mrd. DM der in Schleswig-Holstein 1986 registrierten Löhne und Gehälter entfielen auf Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe. Für die gut 200 000 Arbeitnehmer dieser Wirtschaftsabteilung lag der Durchschnittsverdienst bei 37 300 DM. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes waren die Löhne und Gehälter recht unterschiedlich. Einem Mitarbeiter in der chemischen Industrie wurden 48 700 DM gutgeschrieben, einem Arbeitnehmer im Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe lediglich 25 300 DM.

Jede vierte Mark (6,6 Mrd. DM) der zur Arbeitsstättenzählung ermittelten Lohn- und Gehaltssumme ist im staatlichen Sektor verdient worden. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Beamten, Angestellten, Arbeiter sowie Auszubildenden in den Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung knapp 39 000 DM.

Im Handel betrug die Lohn- und Gehaltssumme 3,4 Mrd. DM. Für die 132 000 Arbeitnehmer lag der Durchschnitt bei 25 600 DM. Dieser relativ geringe Wert geht mit weiteren Beobachtungen einher.

- Zum einen waren 57 % der Arbeitnehmer in dieser Wirtschaftsabteilung weiblichen Geschlechts. Zum Vergleich: der Frauenanteil der Arbeitnehmer im Durchschnitt aller Wirtschaftsabteilungen betrug 43 %. Bekanntermaßen gehen Frauen häufiger als ihre männlichen Kollegen schlechter bezahlten Tätigkeiten nach.
- Zum anderen waren 42 000 der Beschäftigten im Handel teilzeitbeschäftigt. In dieser Zahl sind auch tätige Inhaber oder unbezahlt mithelfende Familienangehörige enthalten, sie ist also eine Teilmenge aller 159 000 Beschäftigten und entspricht dann einem Anteil von 26 %. Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 18 %. Hierbei ist beachtenswert, daß 36 000 der 42 000 Teilzeitbeschäftigten im Handel weiblich waren. Daher muß die obige Aussage zur unterschiedlichen Entlohnung von Männern und Frauen relativiert werden: Die geringeren Durchschnittseinkommen in Branchen mit hohem Frauenanteil sind auch auf die häufig kürzeren Arbeitszeiten weiblicher Beschäftigter zurückzuführen.

Neben den Löhnen von Teilzeitbeschäftigten einerseits und den hohen Gehältern von leitenden Angestellten andererseits enthalten die recht groben Einkommensmittelwerte auch die niedrigen Ausbildungsvergütun-

gen. Im Landesdurchschnitt waren 1987 8,8 % der Arbeitnehmer in einem Ausbildungsverhältnis. Im Handel waren es 9,9 %, im Einzelhandel sogar 11,4 %.

In den Arbeitsstätten, in denen Unternehmen und freie Berufe Dienste erbringen — dazu zählen Gastronomiebetriebe, Wäschereien, Gebäudereinigungs- und Abfallbeseitigungsunternehmen, private Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- sowie Sportanstalten, Arztpraxen, Rechtsberatungs-, Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbüros usw. —, sind im Jahre 1986 Löhne und Gehälter in Höhe von 2,6 Mrd. DM angefallen. Die Zahl der Arbeitnehmer in dieser Wirtschaftsabteilung betrug 134 000, so daß sich ein durchschnittliches Arbeitnehmer-einkommen von 19 000 DM errechnet. Dieser von allen Wirtschaftsabteilungen geringste Durchschnitt ist unter anderem auf die Wirtschaftsunterabteilung „Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung und andere hygienische Einrichtungen“ zurückzuführen. Die Lohn- und Gehaltssumme von 196 Mill. DM verteilte sich auf knapp 21 000 Arbeitnehmer dieses Wirtschaftsbereiches, so daß auf jeden einzelnen nur 9 600 DM entfielen. Mit 14 600 (darunter 12 300 Frauen) aller 21 400 Beschäftigten war der Anteil der Teilzeitbeschäftigten hier sehr hoch (68 %). Wie auch im Handel ist dieser Umstand sicherlich als Ursache für die geringen Durchschnittseinkommen mit heranzuziehen, denn die Entlohnung von Arbeitnehmern in den einzelnen Wirtschaftsbranchen richtet sich u. a. nach der abgeleisteten Wochenarbeitszeit. Insbesondere im Gebäudereinigungsgewerbe ist es vielerorts üblich, Arbeitsverträge mit einer Entlohnung unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze zu schließen. Die Bedingungen hierfür sind, daß die vereinbarte Wochenarbeitszeit unter 15 Stunden liegt und das Arbeitsentgelt im allgemeinen 440 DM im Monat nicht übersteigt. Die eingangs angesprochenen Mehrfachfall-Beschäftigten dürften sich zu einem erheblichen Teil in solchen Arbeitsverträgen ausdragen.

Gute Verdienstmöglichkeiten boten Energie-, Wasserversorgung und Bergbau. In dieser Wirtschaftsabteilung betrug das durchschnittliche Arbeitnehmer-einkommen 46 200 DM. Die Lohn- und Gehaltssumme von 523 Mill. DM verteilte sich auf 11 300 — in großer Mehrzahl männliche, vollzeitbeschäftigte — Arbeitnehmer. Der hohe Durchschnitt ist wohl auch auf den Schichtbetrieb zurückzuführen, den hier viele Beschäftigte leisten müssen.

Die 27 000 im Kredit- und Versicherungsgewerbe tätigen Arbeitnehmer verdienten zusammen 1,1 Mrd. DM. Das sind 40 000 DM je Arbeitnehmer. In tiefer wirtschaftlicher Untergliederung zeigt sich diese Wirt-

Arbeitnehmer, Teilzeitbeschäftigte, Löhne und Gehälter in wirtschaftlicher Gliederung

Wirtschaftsabteilung	Arbeitnehmer		Teilzeit- ¹ beschäftigte		Löhne und Gehälter	
	am 25. Mai 1987				1986	
	zu- sammen	darunter weiblich in %	zu- sammen	darunter weiblich in %	in Mill. DM	je Arbeit- nehmer in DM
Gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5 026	25,0	963	54,8	114	22 736
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	11 327	16,7	668	86,1	523	46 201
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	10 647	17,3	650	86,2	494	46 352
Verarbeitendes Gewerbe	207 546	27,5	15 658	79,2	7 752	37 351
Chemische Industrie usw. Mineralölverarbeitung	13 876	33,8	1 004	85,6	676	48 721
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen	61 088	16,0	2 999	75,6	2 337	38 262
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw.	45 238	33,3	3 233	80,8	1 745	38 571
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	6 421	61,0	928	82,4	163	25 329
Baugewerbe	65 580	10,7	4 253	71,4	1 919	29 256
Bauhauptgewerbe	40 387	7,9	2 025	69,2	1 286	31 844
Ausbaugewerbe	25 193	15,2	2 228	73,5	633	25 107
Handel	131 623	57,4	41 726	86,2	3 370	25 600
Einzelhandel	88 823	68,4	34 518	88,1	1 918	21 599
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	50 945	23,4	6 772	71,2	1 748	34 321
Verkehr, Nachrichtenübermittlung (ohne Spedition usw.)	42 866	22,5	5 926	70,1	1 468	34 242
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	27 061	54,5	5 359	89,9	1 082	39 975
Kreditinstitute	21 530	55,8	3 605	94,3	884	41 036
Versicherungsgewerbe	3 108	37,7	337	95,5	154	49 443
Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	2 423	64,7	1 417	77,4	45	18 396
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	134 474	68,3	53 892	79,3	2 551	18 967
Gastgewerbe	29 214	63,5	10 681	74,9	417	14 287
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen	20 520	73,2	14 630	83,9	196	9 558
Dienstleistungen für Unternehmen	26 047	54,9	7 535	74,5	734	28 176
Organisationen ohne Erwerbszweck	39 983	69,5	12 834	87,8	1 150	28 769
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	170 898	44,0	27 827	88,3	6 663	38 989
Gebietskörperschaften	158 554	43,1	25 962	87,8	6 198	39 090
Insgesamt	844 463	43,1	169 952	82,8	26 872	31 821

1) Die Teilzeitbeschäftigten sind nicht völlig eine Teilmenge der Arbeitnehmer.

In allerdings geringer Anzahl sind auch die mithelfenden Familienangehörigen und die tätigen Inhaber teilzeitbeschäftigt.

schaftsabteilung recht uneinheitlich. Während ein Arbeitnehmer im Versicherungsgewerbe gut 49 000 DM verdiente, entfielen auf seinen Kollegen, der mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten ausübt, wie etwa Finanzierungs-Leasing oder Vermittlung von Versicherungen, lediglich 18 400 DM.

Im Baugewerbe wurden insgesamt 1,9 Mrd. DM verdient. Die Zahl der Arbeitnehmer betrug 66 000, auf jeden entfielen 29 300 DM. Die Beschäftigung in diesem Gewerbe unterliegt starken saisonalen Schwankungen, so daß die Aussagekraft dieses Durchschnitts eingeschränkt ist. Da der Erhebungsstichtag im Monat Mai liegt, zu einem Zeitpunkt mit erfahrungsgemäß hohem Beschäftigtenstand in diesem Gewerbe, ist der Wert für das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen in der Tendenz zu niedrig ausgewiesen. Die Einkommenssumme bezieht sich auf das gesamte Kalenderjahr 1986 mit einer im Mittel geringeren Arbeitnehmerzahl als der am 25. Mai 1987 ausgewiesenen.

Die in Arbeitsstätten der Wirtschaftsabteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ verbuchte Lohn- und Gehaltssumme bezifferte sich auf insgesamt 1,7 Mrd. DM. Die knapp 51 000 Arbeitnehmer von Bahn und Post, dem Personen- und Güterbeförderungsgewerbe, der Binnen- und Seeschifffahrt, Luftfahrt sowie Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung usw. verdienten im Durchschnitt 34 300 DM.

In den Arbeitsstätten der Organisationen ohne Erwerbszweck — das sind Verbände, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, der Bildung, der Wissenschaft usw. — sind Löhne und Gehälter von insgesamt 1,2 Mrd. DM gezahlt worden. Die 40 000 Arbeitnehmer erhielten im Durchschnitt 28 800 DM.

Der Durchschnittsverdienst der 5 000 in der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei tätigen Arbeitnehmer belief sich lediglich auf 22 700 DM. Die Lohn- und Gehaltssumme dieses Teilbereichs der Landwirtschaft betrug insgesamt 114 Mill. DM.

Kreisergebnisse

Die Aufgliederung der Lohn- und Gehaltszahlen nach regionalen Kategorien zeigt strukturtypische Unterschiede zwischen den städtischen bzw. zum Hamburger Rand zählenden und den eher ländlich geprägten, fern den Wirtschaftszentren gelegenen Wirtschaftsräumen.

Während die in Schleswig-Holstein am 25. Mai 1987 gezählten Arbeitsstätten zu 23 %, die Beschäftigten zu 34 % und die Arbeitnehmer zu 35 % den vier kreisfreien Städten zuzuordnen waren, betrug deren Anteil an den Löhnen und Gehältern sogar 37 %. Auf den einzelnen Arbeitnehmer entfielen in diesen Städten im Durchschnitt 33 000 DM.

Auch in den drei an Hamburg grenzenden Kreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn boten sich den Arbeitnehmern gute Verdienstmöglichkeiten. Zusammengefaßt bezifferte sich dort die Lohn- und Gehaltssumme auf 6,8 Mrd. DM. Für die 204 000 Arbeitnehmer errechnet sich in diesem Wirtschaftsraum ein Durchschnittsverdienst von 33 300 DM. Zur Erinnerung: Im Landesmittel ergab sich ein Einkommen von 31 800 DM je Arbeitnehmer.

Auf die übrigen Landkreise Schleswig-Holsteins entfielen zusammen rund 10 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern. Verteilt auf die 342 000 Arbeitnehmer dieser Regionen ergibt sich ein Durchschnitt von 29 300 DM.

Aus diesen Angaben darf jedoch nicht uneingeschränkt auf eine entsprechende regionale Verteilung der Kaufkraftpotentiale geschlossen werden. So sind die Einkommen der Berufspendler, die einer Tätigkeit in der Stadt nachgehen, in der Lohn- und Gehaltssumme des Arbeitsortes enthalten und nicht für den Wohnort nachgewiesen.

Die höchste Summe an Löhnen und Gehältern ist in der Landeshauptstadt Kiel verbucht worden. Mit 4,5 Mrd. DM beträgt der Anteil an der Landessumme 16,7 %. Gleichzeitig wurde dort auch mit 35 500 DM das höchste Durchschnittseinkommen je Arbeitnehmer im Vergleich zu den übrigen kreisfreien Städten und Landkreisen erzielt. Die zweithöchste Summe (3,1 Mrd. DM) ist in Lübeck gezahlt worden. Bei einem Durchschnittseinkommen von 32 600 DM je Lohn- bzw. Gehaltsempfänger lag Lübeck noch hinter den zum Hamburger Umland zählenden Kreisen Stormarn (33 700 DM), Segeberg (33 500 DM) und Pinneberg (32 800 DM). Die Lohn- und Gehaltssummen in diesen drei Kreisen betragen in Stormarn knapp 2,0 Mrd. DM, in Segeberg 2,3 Mrd. DM, in Pinneberg 2,6 Mrd. DM und zählen damit zu den höchsten im Lande.

Die Durchschnittsverdienste in Plön (27 600 DM), Ostholstein (27 900 DM) und Nordfriesland (28 000 DM) waren dagegen relativ gering. Die im Kreis Plön verbuchten 670 Mill. DM, die sich auf 24 000 Arbeitnehmer verteilten, waren die geringsten Lohn- und Gehaltszahlungen auf Kreisebene im Lande Schleswig-Holstein.

Arbeitnehmer, Löhne und Gehälter nach Kreisen

Kreis	Arbeitnehmer am 25. Mai 1987		Löhne und Gehälter 1986	
	insgesamt	weiblich	insgesamt Mill. DM	je Arbeitnehmer in DM
KREISFREIE STADT				
FLensburg	42 770	18 813	1 365	31 910
KIEL	126 514	53 554	4 488	35 474
LÜBECK	94 925	41 323	3 094	32 592
NEUMÜNSTER	33 363	14 234	1 069	32 056
Dithmarschen	37 273	15 442	1 137	30 515
Hzgt. Lauenburg	36 421	15 448	1 118	30 704
Nordfriesland	47 545	20 832	1 332	28 009
Ostholstein	51 983	23 882	1 451	27 910
Pinneberg	78 196	33 965	2 568	32 836
Plön	24 165	11 242	668	27 645
Rendsburg-Eckernförde	65 013	27 216	1 922	29 571
Schleswig-Flensburg	42 512	18 610	1 230	28 932
Segeberg	67 185	29 326	2 254	33 548
Steinburg	37 533	15 760	1 183	31 531
Stormarn	59 065	24 706	1 992	33 730
Schleswig-Holstein	844 463	364 353	26 872	31 821

Ländervergleich

Nach vorläufigen Ergebnissen aus dem gesamten Bundesgebiet war das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen in Schleswig-Holstein am geringsten. Zu den Spitzenverdienern zählten die abhängig Beschäftigten in den drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin mit 40 200 DM, 36 600 DM bzw. 36 200 DM je Arbeitnehmer. In Hessen betrug der Durchschnittsverdienst 36 400 DM und in Baden-Württemberg 35 800 DM. In

Niedersachsen war das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer mit 32 900 DM relativ gering. Insgesamt läßt sich bei den Flächenländern ein gewisses Süd-Nord-Gefälle bei den Löhnen und Gehältern erkennen. Ausnahmen hiervon bilden Bayern und Rheinland-Pfalz. Mit 33 800 DM bzw. 33 600 DM lagen dort die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen unter dem Bundesdurchschnitt (35 200 DM je Arbeitnehmer).

Reiner Meichsner

Kurzberichte

Investitionen für Umweltschutz im produzierenden Gewerbe 1987

Im Rahmen der Unternehmens- und Investitionserhebung werden jedes Jahr die Unternehmen des produzierenden Gewerbes und ihre Betriebe einer bestimmten Größenordnung, in der Regel solcher mit 20 und mehr Beschäftigten, auch nach den Zugängen an Sachanlagen befragt, die dem Schutz der Umwelt dienen. Das produzierende Gewerbe setzt sich aus den Wirtschaftsabteilungen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe zusammen.

Die Investitionen für den Umweltschutz werden in drei Arten unterteilt. Vergleichsweise einfach zu quantifizieren sind die Zugänge an Maschinen, maschinellen Anlagen, Gebäuden und Grundstücken, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen. Daneben gibt es Umweltschutzeinrichtungen als Teile von Sachanlagen, die anderen Zwecken dienen. Der Wert dieser umweltschützenden Einrichtungen innerhalb einer Produktionsanlage — die sogenannten integrierten Umweltschutzmaßnahmen — kann in einigen Fällen nur geschätzt werden. Beide Investitionsarten bewirken, daß schädigende Einflüsse auf den außerbetrieblichen Bereich, die bei der Produktionstätigkeit des Unternehmens entstehen können, verhindert oder reduziert werden. Die dritte Variante sind die produktbezogenen Investitionen.

Hierzu zählen alle Zugänge an Sachanlagen für die Herstellung von Erzeugnissen, die bei der Verwendung oder bei dem Verbrauch eine geringere Umweltbelastung bewirken. Es werden allerdings nicht alle produktbezogenen Investitionen erfaßt, sondern nur solche, die durchgeführt werden müssen, weil der Gesetzgeber dem Produkt umweltfreundlichere Eigenschaften vorschreibt.

Bei einem zeitlichen Vergleich der Investitionstätigkeit für den Umweltschutz ist generell zu bedenken, daß manche investive Aufwendung für den Umweltschutz als solche nicht mehr erkannt wird, weil sie zwischenzeitlich zur Normalausstattung der Produktion gehört. Nicht zu melden sind Investitionen, die aus Gründen des Arbeitsschutzes vorgenommen wurden. Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß mit der Investitionserhebung schon deshalb nicht die gesamte finanzielle Belastung der Unternehmen durch Umweltschutzmaßnahmen ausgewiesen wird, da die laufenden betrieblichen Aufwendungen für den Umweltschutz nicht erfaßt werden. Die in der Novelle des Umweltstatistikgesetzes vorgesehene Statistik der Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen im produzierenden Gewerbe soll diese Informationslücke schließen.

Die hier dargelegten Ergebnisse der Investitionsstatistik zeigen die im Geschäftsjahr 1987 aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen für den Umweltschutz der Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein auf. Das bedeutet nicht, daß die erfaßten Investitionen ausschließlich im nördlichsten Bundesland getätigt werden, sondern sich dann in anderen Bundesländern auswirken, wenn das schleswig-holsteinische Unternehmen dort Niederlassungen oder Filialen unterhält. Um eine räumliche Abgrenzung der Investitionstätigkeit zu ermöglichen, werden neben den Unternehmensdaten auch Daten über den Betrieb erfragt, so daß gesagt werden kann, welcher Teil der Investitionsentscheidung bei länderübergreifenden Mehrbetriebsunternehmen im Bundesland des Betriebssitzes realisiert wurde. Da im Baugewerbe Schleswig-Holsteins länderübergreifende Mehrbetriebsunternehmen die Ausnahme bilden, werden in dieser Wirtschaftsabteilung nur die Unternehmen, nicht deren Betriebe, befragt.

Unternehmen

Die 2 153 in Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmen des produzierenden Gewerbes, die zum Berichtskreis gehörten, meldeten für das Geschäftsjahr 1987 Investitionen in Höhe von 1,87 Mrd. DM, das sind 10 % mehr als 1986. Die hierin enthaltenen, von 139

Unternehmen getätigten Investitionen für den Umweltschutz stiegen 1987 gegenüber dem Vorjahr um 35 % auf 56 Mill. DM und erreichten damit einen Anteil von 3 % an den Gesamtinvestitionen. Seit 1979 ist es das zweithöchste Investitionsvolumen für den Umweltschutz, das 1983 mit 84 Mill. DM am höchsten ausfiel.

Die Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein investierten vor allem für die Luftreinhaltung. Für Einrichtungen in Produktionsstätten, die dazu dienen, luftfremde Stoffe in Abluft und Abgas zu beseitigen, zu verringern oder zu vermeiden, wurden 1987 42 Mill. DM oder 75 % der Umweltschutzinvestitionen ausgegeben. Umweltfreundliche Luftverhältnisse strebten die Investoren vorwiegend durch maschinelle Anlagen wie Reinigungs- oder Entstaubungsanlagen an, wofür 26 Mill. DM aufgewendet wurden, und durch in Produktionsanlagen integrierte Umweltschutzeinrichtungen (15 Mill. DM) wie z. B. Rauchgasfilter bei Kraftwerken. Die anderen Investitionsarten wie der Kauf von Grundstücken oder die produktbezogenen Investitionen haben für die Luftreinhaltung nur geringe Bedeutung. Das gilt grundsätzlich auch für die anderen drei Bereiche des Umweltschutzes. Lediglich für die Abfallbeseitigung, für die die Unternehmen insgesamt 6 Mill. DM investierten, wurden neben der Erweiterung des Maschinenparks um 2,8 Mill. DM Grundstücke, z. B. für den Bau von Deponien, in Höhe von immerhin 2,3 Mill. DM erworben. Der Gewässerschutz setzt sich zum Ziel, die Abwasserfrachten zu vermindern und die Oberflächengewässer sowie das Grundwasser vor Schadstoffeinwirkungen zu schützen. Hierfür meldeten die Unternehmen einen Investitionswert von 5,5 Mill. DM, darunter 3,3 Mill. DM für maschinelle Anlagen wie Abwasser- oder Schlammbehandlungsanlagen. Mit 1,3 Mill. DM sind die Aufwendungen für den Erwerb von Grundstücken auch im Bereich des Gewässerschutzes relativ hoch. Für Maßnahmen zur Lärmbekämpfung investierten die Unternehmen 2,3 Mill. DM, hier vor allem in integrierte Lärmschutzvorrichtungen (1,7 Mill. DM).

Betriebe

Wie an anderer Stelle schon gesagt, geben die Unternehmensergebnisse keine Auskunft darüber, welcher Teil der Investitionen in Höhe von 55 Mill. DM umweltschützend in Schleswig-Holstein wirksam wird. Für diese Antwort sind die Ergebnisse der Betriebsbefragung relevant. 1987 zählten ohne die Betriebe des Baugewerbes 1 619 Betriebe mit Sitz in Schleswig-Holstein zum Berichtskreis. Von ihnen investierten 154 Betriebe 161 Mill. DM für Umweltschutzmaßnahmen, das ent-

spricht einem Anteil an den Gesamtinvestitionen der Betriebe (2,38 Mrd. DM) von 6,8 %. Der Vergleich der Investitionsvolumina für den Umweltschutz zeigt deutlich den starken Einfluß der Investitionstätigkeit in Schleswig-Holstein von Unternehmen anderer Bundesländer.

Die Betriebsergebnisse bestätigen die Bedeutung der Investitionstätigkeit in der Luftreinhaltung. 116 Mill. DM oder 73 % der umweltschützenden Investitionen wurden für Maßnahmen aufgewendet, die Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxid oder Kohlenmonoxid, die bei der Produktion entstehen können, vermindern oder gar verhindern. In den Gewässerschutz investierten die Betriebe 23 Mill. DM, das sind 14 % aller Umweltschutzinvestitionen. 16 Mill. DM (10 %) wendeten sie für eine verbesserte Abfallbeseitigung auf, und in Höhe von 4,7 Mill. DM (3 %) wurden Vorrichtungen geschaffen, um den von der Produktion ausgehenden Lärm zu dämpfen.

Von den in Schleswig-Holstein ansässigen und zur Statistik herangezogenen Betrieben investierten vor allem solche in Umweltschutzmaßnahmen, die der Wirtschaftsabteilung Energie- und Wasserversorgung angehörten. Dazu zählten 1987 137 Betriebe mit einem Investitionsvolumen von 711 Mill. DM, wovon 111 Mill. DM für den Umweltschutz aufgewendet wurden und somit gut zwei Drittel aller Umweltschutzinvestitionen zu einer umweltfreundlicheren Produktion in der Energie- und Wasserversorgung führte. Dieser Zugang an Sachanlagen in Höhe von 111 Mill. DM wurde allein von 11 Betrieben der Energie- und Wasserversorgung geleistet, was deutlich macht, wie aufwendig einzelne Maßnahmen für den Umweltschutz sein können. Der Schwerpunkt der Umweltschutzinvestitionen in dieser Wirtschaftsabteilung lag in der Luftreinhaltung, in die man 97 Mill. (88 %) investierte.

Daß Umweltschutzinvestitionen vor allem in der Wirtschaftsabteilung Energie- und Wasserversorgung

Investitionen für den Umweltschutz im produzierenden Gewerbe

Erhebungsjahr	Unternehmen/Betriebe		Investitionen		Darunter Umweltschutzinvestitionen	
	insgesamt	darunter mit Umweltschutzinvestitionen	insgesamt	in Unternehmen/Betrieben mit Umweltschutzinvestitionen	insgesamt	Anteil an allen Investitionen
	Anzahl		Mill. DM			%
	Unternehmen ¹					
1979	2 617	143	1 692	479	17	1,0
1980	2 664	151	2 193	776	49	2,2
1981	2 568	146	1 945	768	55	2,8
1982	2 408	104	1 709	587	38	2,2
1983	2 383	104	1 716	567	84	4,9
1984	2 288	117	1 481	299	28	1,9
1985	2 200	111	1 498	405	22	1,5
1986	2 163	121	1 702	566	41	2,4
1987	2 153	139	1 871	605	56	3,0
	Betriebe ² (ohne Baugewerbe)					
1979	1 740	163	2 079	849	41	2,0
1980	1 795	154	2 791	1 405	86	3,1
1981	1 760	150	2 478	1 263	98	4,0
1982	1 673	125	3 151	1 990	143	4,5
1983	1 668	130	3 318	2 116	243	7,3
1984	1 642	135	3 099	1 745	114	3,7
1985	1 627	133	2 666	1 388	91	3,4
1986	1 622	142	2 767	1 497	171	6,2
1987	1 619	154	2 377	966	161	6,8

1) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

erforderlich sind, verdeutlicht auch der Vergleich mit der Investitionstätigkeit der Betriebe im Bergbau und verarbeitendem Gewerbe. Die 1 482 dort angesiedelten Betriebe meldeten für 1987 ein Investitionsvolumen in Höhe von 1,67 Mrd. DM, das sind 70 % der Investitionen des produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe). Umweltschutzinvestitionen meldeten im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe 143 Betriebe, und zwar in einer Höhe von 50 Mill. DM, was einem Anteil an den gesamten Umweltschutzinvestitionen von 31 % entspricht. Dabei konzentrierten sich die Umweltschutzinvestitionen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe vor allem auf die Betriebe des Bergbaus und des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes. Diese Betriebe investierten für den Umweltschutz 32 Mill. DM, vorrangig um den Gewässerschutz (18 Mill. DM) und um die Luftreinhaltung (11 Mill. DM) zu verbessern. Die Hauptlast einer umweltfreundlicheren Produktion trugen dabei der Bergbau und die chemische Industrie, die ihr Investitionsbudget in Höhe von 27 Mill. DM ebenfalls schwerpunktmäßig für den Gewässerschutz (18 Mill. DM) und für die Luftreinhaltung (6 Mill. DM) einsetzte. Jeder dieser beiden Wirtschaftszweige investierte fast soviel in den Umweltschutz wie die Betriebe des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (7 Mill. DM) und des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (7 Mill. DM) zusammen. Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe meldete einen Zugang an Sachanlagen für den Umweltschutz in Höhe von 4 Mill. DM.

Friedrich-Karl Wormeck

Hochschulprüfungen seit 1983

Im Studienjahr 1988 (Wintersemester 1987/88 und Sommersemester 1988) nahmen 4 442 Personen an einer Abschlußprüfung teil, davon konnten 4 205 Kandidaten/-innen (95 %) ihre Prüfung erfolgreich beenden. Zur Klärung der Frage, welche Disziplinen das größte Interesse gefunden haben, werden die einzelnen Studienfächer zu Fächergruppen zusammengefaßt. So umfaßt beispielweise die Fächergruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften die Studienfächer Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsingenieur, Politische Wissenschaft, Sozialökonomie, Soziologie und Verwaltungswissenschaften.

1987 und 1988 waren die Ingenieurwissenschaften die Fächergruppe mit den meisten Absolventen, obwohl sie in Schleswig-Holstein nur an Fachhochschulen und nicht an den wissenschaftlichen Hochschulen angeboten werden. Von den Absolventen insgesamt waren

1988 gut 20 % Ingenieure, ihr Anteil hat sich in den letzten Jahren allmählich erhöht. Bis 1986 waren im Betrachtungszeitraum die meisten Prüfungen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften abgelegt worden (1986: 770 bzw. gut 18 %). In diesen Zahlen sind auch Promotionsprüfungen enthalten.

In Medizin wurden die meisten Prüfungen im Jahre 1987 abgenommen, davon etwa ein Drittel Promotionen. In dieser Disziplin ist es möglich, daß ein Kandidat im Studienjahr sowohl Promotions- als auch Staatsexamensprüfung abgelegt hat.

Absolut und auch relativ hat seit 1983 die Zahl der Prüfungen in Philosophie und Geisteswissenschaften abgenommen. Hatten 1983 noch 18 % der Absolventen ihre Prüfung in dieser Fächergruppe abgelegt, so waren es 1988 nur noch gut 11 %. Diese starke Abwärtsentwicklung ist vor allem durch die schwindende Attraktivität des Lehramts zu erklären. Noch 1986 hatten 81 % der erfolgreichen Prüflinge in Philosophie und Geisteswissenschaften eine Lehramtsprüfung abgelegt; 1987 fiel dieser Anteil auf 68 % und lag 1988 bei nur 61 %. In dem kurzen Zeitraum von 1986 bis 1988 sind die erfolgreich abgelegten Lehramtsprüfungen um über 40 % zurückgegangen. Verglichen mit 1983, als mit 577 die meisten Lehramtsprüfungen in Philosophie und Geisteswissenschaften bestanden worden waren, haben 1988 weniger als die Hälfte noch eine derartige Prüfung abgelegt.

Auch in der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften, in der Lehramtsprüfungen ebenfalls einen großen Anteil ausmachen, hat sich die Struktur der abgelegten Prüfungen grundlegend verschoben. 1983 hatten gut 40 % der erfolgreichen Kandidaten eine Lehramtsprüfung abgelegt. Dieser Anteil verringerte sich von Jahr zu Jahr erheblich, bis 1988 nur noch 19 % der in der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften bestandenen Prüfungen von Aspiranten auf ein Lehramt abgelegt wurden. Dieser Entwicklung entgegenlaufend war die Zahl der erlangten Diplome einer wissenschaftlichen Hochschule in dieser Fächergruppe. Seit 1985 wurden deutlich mehr Diplom- als Lehramtsprüfungen abgelegt, während in den Jahren davor Lehramtsprüfungen bei weitem überwogen. Im letzten der betrachteten Jahre betrug das Verhältnis der vergebenen Diplome zu den bestandenen Lehramtsprüfungen nicht ganz das Dreifache. Auffällig angestiegen sind die Promotionen. Dies deutet zusammen mit der Entwicklung bei den Diplomprüfungen darauf hin, daß Studenten mit mathematisch-naturwissenschaftlichen Neigungen sich umorientiert haben und ihren Hochschulabschluß auf die Anforde-

Bestandene Abschlußprüfungen an den Hochschulen Schleswig-Holstein nach Studienjahren, Fächergruppen und Prüfungsarten

Fächergruppe des 1. Studienfaches Prüfungsart	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Theologie	114	130	164	133	130	114
Promotion	-	-	-	-	-	-
Lehramtsprüfung	47	62	64	50	55	39
Kirchl. Abschlußprüfung	67	68	100	83	75	75
Medizin	547	580	663	610	688	655
Promotion	173	165	227	205	227	274
Staatsexamen	374	415	436	405	461	381
Rechtswissenschaft	228	209	226	278	272	327
Promotion	7	18	14	31	20	28
Staatsexamen	221	191	212	227	231	278
Staatl. Laufbahnprüfung (Rechtspflege)	.	.	.	20	21	21
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	674	716	706	770	612	785
Promotion	17	25	9	19	17	14
Diplom (wiss. HS)	60	81	95	91	100	106
Lehramtsprüfung ¹	26	18	22	22	21	26
Magister	3	8	11	12	12	8
Diplom (FH) ²	213	260	252	315	311	332
Abschlußprüfung a. d. Verwaltungs-FH	355	324	317	311	151	299
Philosophie/ Geisteswissenschaften	689	623	646	627	555	468
Promotion	24	22	15	29	25	40
Diplom (wiss. HS)	64	38	53	62	82	70
Lehramtsprüfung	577	538	547	506	377	287
Magister	24	25	31	30	71	71
Mathematik, Naturwissenschaften	590	554	563	571	534	571
Promotion	85	61	57	87	103	107
Diplom (wiss. HS)	187	184	240	239	239	287
Staatsexamen	73	86	50	72	61	69
Lehramtsprüfung	244	223	216	171	128	108
Magister	1	-	-	2	3	-
Agrarwissenschaften	282	281	286	319	287	314
Promotion	30	25	32	37	45	44
Diplom (wiss. HS)	179	190	193	201	190	199
Lehramtsprüfung	11	14	7	8	7	9
Diplom (FH) ²	62	52	54	73	45	62
Ingenieurwissenschaften	583	635	639	752	791	856
Diplom (FH) ²						
Kunst, Kunstwissenschaften	111	98	99	134	131	115
Lehramtsprüfung	25	14	14	19	24	23
Musikprüfung ³	61	54	51	76	74	56
Diplom (FH) ²	25	30	34	39	33	36
Insgesamt	3 818	3 826	3 992	4 194	4 000	4 205

1) einschl. Diplom-Handelslehrer

2) einschl. Graduierung

3) einschl. Diplom an der Musikhochschule

rungen des Arbeitsmarktes für Akademiker außerhalb des Schulbereichs ausgerichtet haben.

Verhältnismäßig konstant geblieben ist der Anteil der Hochschulabsolventen, die ein juristisches Staatsexamen abgelegt haben. Seit 1980 liegt der Anteil dieser Absolventen/-innen an der Gesamtzahl derer, die eine Abschlußprüfung an den Hochschulen des Landes bestanden haben, zwischen 5 und 7 %. Ebenfalls recht konstant mit durchschnittlich 7,4 % blieb der Anteil der Prüflinge, die Agrarwissenschaften erfolgreich abgeschlossen haben. Dabei beträgt das Verhältnis der an Hochschulen diplomierten Agrarwissenschaftler ein-

schließlich Ökotrophologen (1988: 54) zu denen mit Fachhochschulabschluß etwa 3 : 1.

Uneinheitlich war die Entwicklung der Absolventenzahlen von Kunsthochschulen; ihr Anteil an der Gesamtzahl der mit Erfolg Geprüften war recht gering. Dies gilt ebenfalls für die Zahl der Abschlüsse in Theologie, die sich auf Lehramtsprüfungen und kirchliche Abschlußprüfungen mit deutlichem Übergewicht letzterer verteilen.

Friedrich-Wilhelm Lück

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl s = geschätzte Zahl
r = berichtigte Zahl D = Durchschnitt

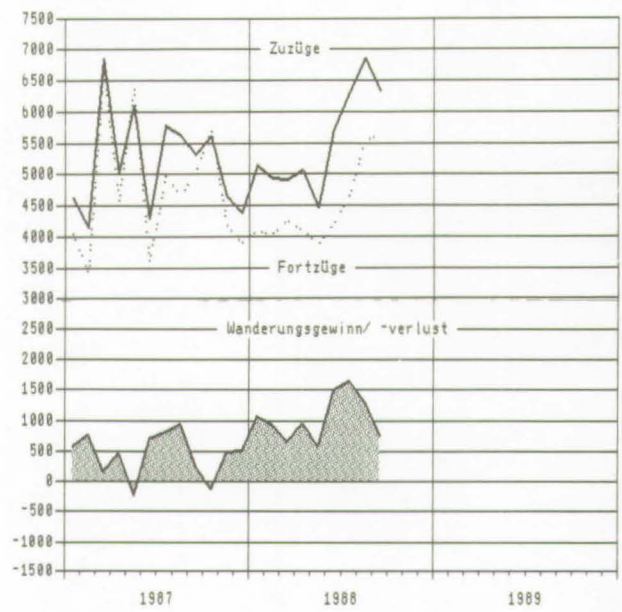
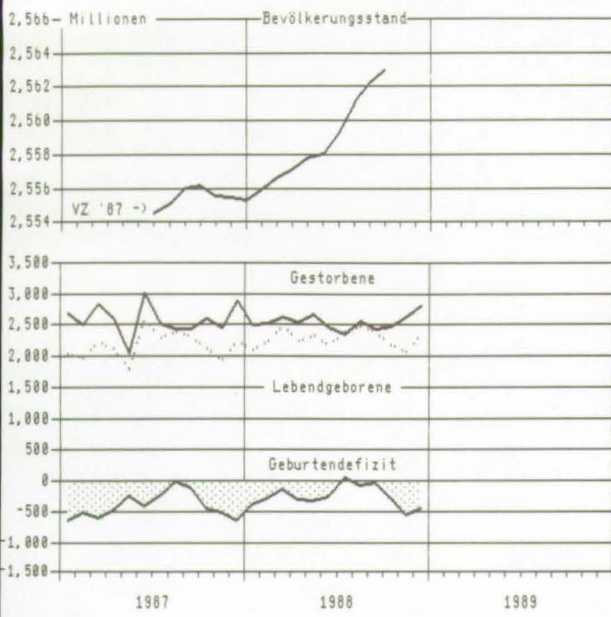
Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

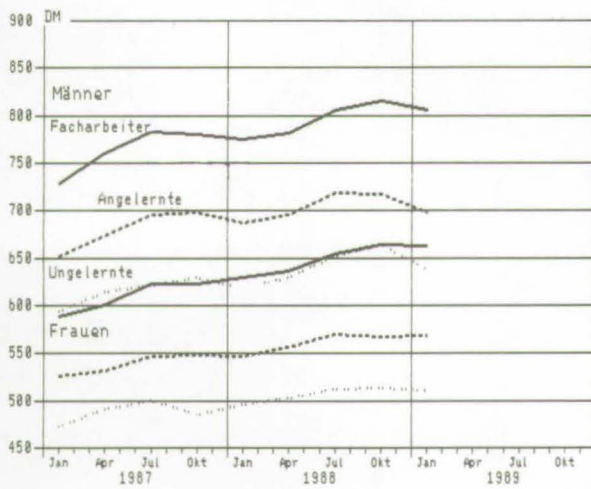
Entwicklung im Bild

D 5607 Stat. LA S-H (A)

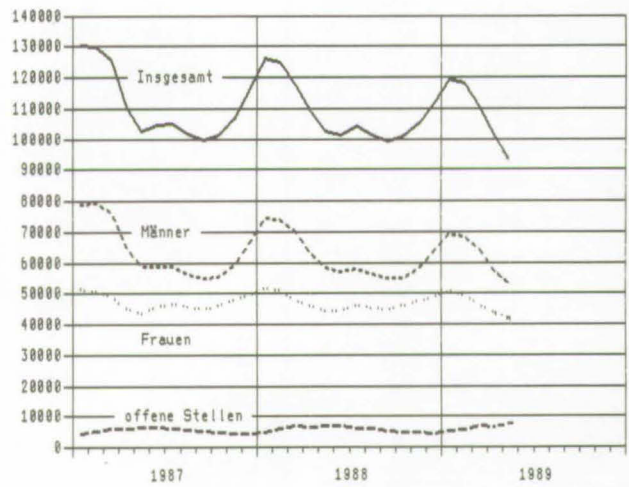
Bevölkerungsstand und -veränderung



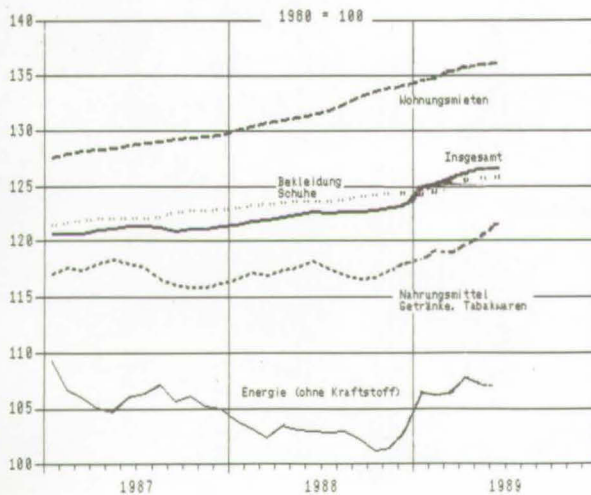
Bruttowochenverdienste



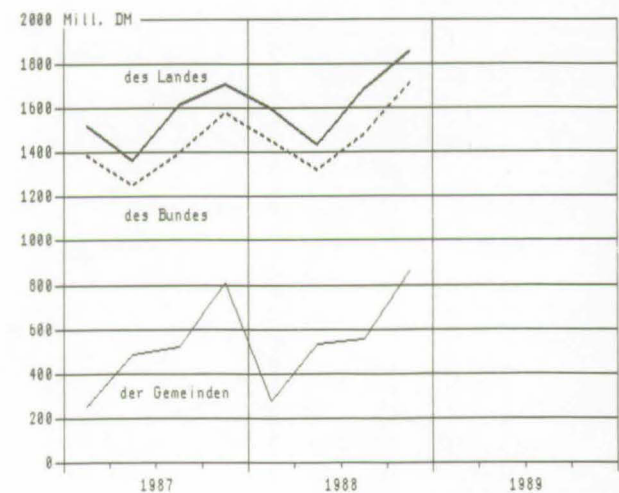
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenuer Str. 65 a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -